

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Januar - März



1/2010

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik
Nr. 1/2010
Januar - März 2010

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im April 2010

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
41. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)	5
4. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System	7
BMI strukturiert Fach- und Dienstaufsicht für Statistik neu	8
Hochrangige Besucher aus dem BMI	9
Eurostat Delegation diskutiert über Bevölkerungs- und Sozialstatistiken	9
Besuch des Direktors des Schweizer Bundesamtes für Statistik (BFS)	9
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	10
Elektronische Behördendienste gewinnen an Akzeptanz	10
Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ kostenfrei im Download	10
Homepage zu eSTATISTIK.core aktualisiert	10
Bildungsfinanzbericht 2009	11
Neue Veröffentlichung: Außenhandel in der Globalisierung	11
Krankheitskosten – neues Themenheft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes	11
Deutschland – Land und Leute	12
Auf einen Blick: Wie geht es den Deutschen?	12
Die meisten Paare beziehen zeitweise gemeinsam Elterngeld	12
Kindertagesbetreuung regional 2009	13
Gemeinschaftsveröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007“	13
Rechtsangelegenheiten	13
Vertrag von Lissabon in Kraft getreten	13
Änderung der gesetzlichen Arbeitsgrundlage der Finanz- und Personalstatistiken	14
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	14
ESSnet: Dezentraler Zugang zu europäischen Mikrodaten	14
Elektronische Fragebogen auf dem Prüfstand	15
Statistikschulung für Schlüsselkunden	16
Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt	16
Bruttoinlandsprodukt 2009	16
Knapp 9 % aller Arbeitsverträge waren im Jahr 2008 befristet	17
Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel	17
Fachausschuss „Klassifikationen“	17
Fachausschuss „Handelsstatistik“	18
Aufbau eines Europäischen Unternehmensgruppenregisters	19
Mehr Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009	19
Erstmals wieder mehr Baugenehmigungen im Jahr 2009	20
Preise, Außenhandel, Verdienste	20
Rückgang der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2009	20
Verbraucherpreise 2009 um 0,4 % gestiegen	20
Tarifverdienste 2009 um 2,8 % gestiegen	20
Bevölkerung, Bildung, Staat, Steuern	21
Das neue steuerstatistische Gesamtsystem geht an den Start	21
Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern	21
Hochschulstandort Deutschland 2009	22
Eisen und Stahl	22
Einstellung der Stahlstatistik	22

Gesundheit, Soziales, Private Haushalte, Mikrozensus	22
Tagung „Pflege be(ob)achten - Einblicke anhand statistischer Daten“	22
Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich	23
Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung	23
Jeder vierte Jugendliche lebt in einer alternativen Familienform	23
Organisatorische Änderung im Statistischen Bundesamt	24
Personalnachrichten	24

Anhang

Tagungskalender

Übersicht über im Jahre 2009 verkündete statistische Rechtsgrundlagen

Sach- und Personenregister zum Jahrgang 2009 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: März 2010

41. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)

Vom 23. bis 26. Februar 2010 vertrat das Statistische Bundesamt die Bundesrepublik Deutschland in der jährlichen Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen in New York. Die Statistische Kommission ist ein Gremium des Wirtschafts- und Sozialrats der UN (ECOSOC). Sie befasst sich mit der Weiterentwicklung und Harmonisierung statistischer Methoden und Verfahren. Ihre 24 nach einem Regionalschlüssel gewählten Mitgliedsländer werden durch ihre statistischen Institutionen vertreten. Zahlreiche Länder und internationale Organisationen senden ihre Vertreter als Beobachter zu den Sitzungen. Deutschland ist seit 2004 wieder Mitglied in der 24 Mitglieder umfassenden Statistischen Kommission (bis 2012 gewählt). Mit Vertretern der amtlichen Statistik aus mehr als 140 Ländern war in diesem Jahr wieder eine hohe Zahl an Teilnehmern an einer Sitzung der Statistischen Kommission zu verzeichnen.

Zu Beginn der Sitzung hatten die Gruppe der G77-Staaten und China ein Statement zu den MDG-Indikatoren und zu den Statistikindikatoren vorgelegt, die für den „Human Development Report 2010“ verwendet werden sollen. Die Aussprache zu den MDG-Indikatoren konzentrierte sich überwiegend auf technisch-methodische Inhalte. Zahlreiche Länder sprachen sich, wie im Statement der Gruppe 77 und China vorgetragen, für die *Neuaufnahme von Indikatoren über nichtansteckende Krankheiten unter dem MDG 6 (Gesundheit)* aus. Dagegen kritisierten zahlreiche Vertreter der G77-Staaten und China die nach ihrer Ansicht mangelnde Transparenz des UNDP/HDO (Human Development Office) bei den Vorbereitungen für den Human Development Report 2010 und äußerten Befürchtungen, dass UNDP/HDO zusätzliche statistische Indikatoren verwende, ohne hinreichende Konsultationen mit den nationalen Regierungen und ohne Beteiligung der Statistikkommission. Die Statistikkommission drückte deshalb ihre Besorgnis über die Kommunikationsmängel im Vorfeld des Berichts aus und bedauerte, von dem zuständigen Human Development Office bisher nicht eingebunden worden zu sein. Indessen teilte die für den Human Development Report zuständige Vertreterin des UNDP mit, der Human Development Report werde voraussichtlich im Oktober 2010 erscheinen, und zwar basierend auf den gleichen Indikatoren wie im Vorjahr und zwar mit dem bisherigen Fokus auf Bildung, Gesundheit und Einkommen.

Qualität und Vollständigkeit der Statistikergebnisse aus Entwicklungs- und Schwellenländern werden oft als unzureichend eingeschätzt, was die internationalen Organisationen zu eigenen Schätzungen veranlasst, mit denen sie die nationalen Daten ergänzen oder ersetzen. Weltweit anwendbare Qualitätssysteme für Statistik, die zur Verbesserung der Situation beitragen könnten, gibt es noch nicht. Einer kanadischen Initiative folgend, wurde der Entwurf eines Qualitätssicherungssystems (National Quality Assurance Framework) vorgestellt, das es vor allem den Entwicklungsländern ermöglichen soll, die Qualität ihrer Statistiken und Statistiksysteme systematisch zu untersuchen und zu evaluieren. Die Erfahrungen mit den Qualitätsmonitoring-Instrumenten des Internationalen Währungsfonds und des Europäischen Statistiksystems sollen hierbei genutzt werden. Darüber hinaus sollten auch die Nutzeranforderungen in die Entwicklung nationaler Qualitätssicherungssysteme einbezogen werden.

Die Versammlung war sich einig über die Bedeutung der *Georeferenzierung statistischer Daten*, also der Integration geographischer und statistischer Informationen. Die Statistikkommission forderte die nationalen statistischen Ämter auf, partnerschaftlich mit den entsprechenden nationalen geographischen/kartographischen Behörden die nationalen geographischen Informationskapazitäten im Rahmen von raumbezogenen Dateninfrastrukturen weiter zu entwickeln. Dabei sei eine größtmögliche Nutzung der Informationstechnik sicherzustellen und die Aufmerksamkeit speziell auf die Verbesserung der Kompatibilität von statistischen und geographischen Metadaten zu richten. Die Statistikkommission befürwortete die Bildung einer interdisziplinären internationalen Expertengruppe, die sich mit Fragen eines globalen geographischen Informationsmanagements befasst. Darüber hinaus solle das Generalsekretariat der UN die Rahmenbedingungen für ein globales geographisches Informationsmanagement aufzeigen, die Möglichkeiten der Bildung eines „Globalen Geo-Forums“ prüfen und hierüber dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) berichten. Die deutsche Delegation wies, unterstützt von mehreren Mitgliedstaaten der EU, darauf hin, dass bereits laufende Projekte auf europäischer Ebene zu berücksichtigen sind, wie etwa INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe).

Dem Vorschlag der Statistikabteilung der UN zur Feier eines *Weltstatistiktages am 20. Oktober 2010* stimmte die Versammlung uneingeschränkt zu. Es wurde vereinbart, dass es den nationalen Statistikämtern sowie den inter-

und supranationalen Organisationen freigestellt ist, unter dem Generalthema „Celebrating the many Achievements of Official Statistics“ eigene Slogans und Maßnahmen zu entwickeln. In Abstimmung mit den vertretenen Mitgliedstaaten der EU informierte die deutsche Delegation die Kommission über die Absicht der Mitglieder des Europäischen Statistikersystems (ESS), für den Weltstatistiktag eine gemeinsame Presseerklärung zu erarbeiten. Dies ist Aufgabe einer neu gegründeten High Level Task Force im ESS, der „Sponsorship Group on Communication“, in der das Statistische Bundesamt mitwirkt.

Nachdem das *System of National Accounts* (SNA2008) nun in seiner endgültigen Fassung vorliegt, geht es in den nächsten Jahren darum, die Entwicklungsländer, die zu weiten Teilen noch Probleme bei der Umsetzung der Vorgängerfassung, des SNA1993, haben, bei der Anwendung des neuen SNA zu unterstützen. Die Kommission begrüßte in diesem Zusammenhang die Unterstützung nationaler und internationaler Institutionen für Übersetzungen des SNA 2008 in alle offiziellen Sprachen der UN sowie in die japanische, portugiesische und koreanische Sprache. Die Stärkung statistischer Kapazitäten auf nationaler Ebene, der Erfahrungsaustausch auf regionaler Ebene über „best practices“ und die Schulung und Beratung durch internationale Experten werden als wichtige Hilfen zur Implementierung des SNA angesehen. Den Regionalkommissionen der UN und den regionalen Entwicklungsbanken soll dabei eine Schlüsselrolle zufallen. Mehrere Delegationen unterstützen die deutsche Position einer Prioritätensetzung in der Forschungsagenda zur Weiterentwicklung des SNA unter Berücksichtigung der Kapazitäten der statistischen Ämter. Deutschland unterstützte die Forderung, neue Entwicklungen, wie die Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Kommission und des EU-Kommissionsvorschlages „GDP and Beyond“, in der Forschungsagenda zu berücksichtigen. Die zuständige Expertengruppe wurde gebeten, in der nächsten Sitzung der Kommission über Maßnahmen und Planungen in diesem Zusammenhang zu berichten.

Im Zusammenhang mit dem Thema der *Umweltstatistiken und der Umweltgesamtrechnungen* forderten die Schwellen- und Entwicklungsländer, besonders China und Indien, Rücksicht auf ihre spezifischen Rahmenbedingungen bei der Überarbeitung des sogenannten *UN Framework for the Development of Environment Statistics (FDES)*. Der Bereich Klimaveränderung (*Climate Change*) soll durch die bestehenden Statistikinstrumente abgedeckt werden, Weiterentwicklungen im Konsens aller Mitgliedstaaten erfolgen

und übereilte Entscheidungen vermieden werden. Die Kommission begrüßte die Entwicklung eines Mindestprogramms für Umweltstatistiken (*core set of environment statistics*), insbesondere für die Statistikersysteme der Entwicklungsländer. Auf breite Zustimmung stieß auch die vereinbarte bessere Koordinierung der Weiterentwicklungen im Bereich der Umweltstatistiken und der Arbeiten im Bereich der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (*System of Environmental Economic Accounting-SEEA*) durch die Statistikabteilung der UN, besonders die Fortschritte der Revisionsarbeiten am SEEA und die bevorstehende Fertigstellung von Band 1 des SEEA-Handbuchs.

Am Rande der Sitzung besuchte die deutsche Delegation ein *High Level Seminar zum Thema „Are national statistical systems effective?“*. Es befasste sich unter anderem mit der Frage, wie Statistikersysteme sich pro-aktiv auf kurzfristig auftretende gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen einstellen und wie am Beispiel der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise kritische Phänomene des Wirtschafts- und Finanzsektors besser statistisch abgebildet werden könnten. In den Diskussionen wurde wieder deutlich, dass Perspektiven und Lösungsansätze der entwickelten Länder und der Schwellen- oder Entwicklungsländer weit voneinander entfernt sind: Während die entwickelten Statistikersysteme den gesamtgesellschaftlichen Informationsbedarf im Blick haben, müssen die Statistikämter in Schwellen- und Entwicklungsländern bereits größte Anstrengungen unternehmen, ihren Regierungen ein Minimalprogramm an Kerndaten bereitzustellen. So präsentierte Italien beispielsweise Überlegungen über die Wertschöpfung von Statistik und deren Messung während Brasilien seinen modernen Ansatz bei der Erhebung der Zensusdaten mittels Hand-Held-Computern vorgestellt hat, die nunmehr flächendeckend in Brasilien eingesetzt werden.

Ein weiteres High Level Seminar befasste sich mit der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und ihre Umsetzung im Bereich der Statistik. Jean-Philippe Cotis, Leiter des französischen Statistikamts INSEE, führte in das Thema ein und wurde durch Beiträge von der OECD und von Eurostat ergänzt. Es wurde deutlich, welche Dynamik das Thema seit dem letzten Jahr entfalten konnte, so dass die Empfehlungen längst über die Grenzen Europas hinaus reichen. Auch vom G20-Treffen in Pittsburgh sei ein starkes Mandat ausgegangen, künftig die soziale und umweltbezogene Entwicklung stärker zu beobachten. Die OECD führte aus, dass es als erstes um eine Neubün-

delung vorhandener Indikatoren (repacking existing measures) geht, danach um eine Erweiterung der Forschungsagenda und dann eventuell um eine Ergänzung des Programms. Auf der nächsten CSTAT-Sitzung der OECD (Statistik-Komitee der OECD) im Juni 2010 soll ein Arbeitsplan für 2010/2011 verabschiedet werden. Eurostat wies auf das Programm der Kommission „Europa 2020“ hin, das eine neue Kommunikation mit fünf Schlüsselaktivitäten umfasst. Die Zielrichtung sei dabei wissensbasiertes Wachstum, Stärkung der Bürgerverantwortung und grüne Ökonomie. Dabei sei eine Koordinationsgruppe von 11 Generaldirektionen und drei Agenturen eingesetzt worden, um die Strategie – die als Nachfolgestrategie von Lissabon gilt – auszuarbeiten. „Europa 2020“, die „GDP and Beyond“-Initiative und die Stiglitz-Empfehlungen bildeten die Grundlage für ein zukunftsfähiges Arbeitsprogramm.

Die nächste Sitzung der UN Statistikkommission ist für den 22. bis 25. Februar 2011 geplant.

4. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System

Am 11. Februar 2010 fand die 4. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) statt. In diesem Gremium treffen die Leiterinnen und Leiter der Nationalen Statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) viermal im Jahr zusammen, um wichtige Rechtsakte und strategische Fragen zu beraten.

Der ESS-Ausschuss stimmte den Entwürfen von zwei Statistikrechtsakten zu:

- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über *Volks- und Wohnungszählungen* in Bezug auf das Programm der statistischen Daten und Metadaten, die der Europäischen Kommission (Eurostat) zu übermitteln sind. Mit dieser Verordnung soll die Verfügbarkeit von vergleichbaren Daten aus den Volks- und Wohnungszählungen 2011 auf europäischer Ebene erreicht werden.
- Entwurf einer Änderung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 über den *Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke*. Die Verordnung legt die Bedingungen fest, unter denen der Zugang zu vertraulichen Daten gewährt werden kann. Mit der aktuellen Änderung sollen der Liste der für Wissenschaftler zu-

gangswürdigen Statistiken vier Erhebungen hinzugefügt werden: *Europäische Gesundheitsumfrage (EHIS)*, *Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (CSIS) – Modul 2: Haushalte und Einzelpersonen, Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (HBS)*, und *Güterkraftverkehr*.

Der ESS-Ausschuss begrüßte den *Entwurf des Fortschrittsberichtes des Haager Aktionsplans*, der die strategische Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in Europa zum Ziel hat. Einige Mitgliedstaaten forderten jedoch eine bessere Fortschrittsmessung der laufenden Verbesserungsmaßnahmen. Die deutsche Seite forderte eine stärkere Einbindung der Nationalen Statistischen Ämter in die europäische Programmplanung. Eurostat sagte zu, dieses auch vom gesamten ESS-Ausschuss befürwortete Anliegen Deutschlands, in den Planungen für die Jahres- und Mehrjahresprogramme zu berücksichtigen.

Der ESS-Ausschuss begrüßte den Entwurf einer *Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnung*. Dieser Verordnung schafft auf europäischer Ebene die Grundlage für eine einheitliche und umfassende Berichterstattung. Im ersten Schritt werden drei Module zu Luftemissionen, Umweltsteuern und gesamtwirtschaftlichen Materialflussrechnungen vorgeschlagen. Diese erweiterte Berichterstattung ist für Deutschland nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden. Mehrere Mitgliedstaaten forderten in der Sitzung eine detaillierte Kosten-Nutzen-Analyse. Eurostat wird zusammen mit den Nationalen Statistischen Ämtern die Kosten schätzen, die den Mitgliedstaaten mit der Umsetzung der Verordnung entstehen. Die von einigen Mitgliedstaaten geforderten Finanzhilfen sagte Eurostat – soweit möglich – zu. Es wurde vereinbart, den Verordnungsentwurf in der vorliegenden Fassung dem Rat zuleiten, wo die Bedenken einiger Mitgliedstaaten zu den im Entwurf festgelegten Übermittlungsterminen und eventuelle Anpassungen behandelt werden sollen.

Einvernehmlich begrüßt wurden die Fortschritte bei der Umsetzung der neuen Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 2 und die neue Governance-Struktur für die Statistische Geheimhaltung. Im Zusammenhang mit der Archivierung von Mikrodaten durch private und nicht-öffentliche Institute wurden dennoch Bedenken vorgebracht. Der ESS-Ausschuss beauftragte deshalb die zuständige Arbeitsgruppe, zu diesem Punkt eine Strategie zu erarbeiten.

Betreffend die *Überarbeitung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95)* bewert-

teten die Mitgliedstaaten die erreichten konzeptionellen Weiterentwicklungen positiv, wenn auch in einigen Bereichen (etwa Kapitel 20 Staatssektor) noch Verbesserungen nötig seien. Das vorgesehene Lieferprogramm hingegen sahen Deutschland und die Mehrzahl der Mitgliedstaaten als weiterhin zu umfangreich: Es trage nicht der budgetären Situation in den Nationalen Statistischen Ämtern und den daraus resultierenden Reduzierungen in der Personalausstattung Rechnung. Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Italien und Frankreich, kritisierten aus Gründen der Qualität der Ergebnisse die vorgesehenen Schnellschätzungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 30 Tagen nach Ende des Berichtsquartals. Das Projekt EU-KLEMS (Produktivitätsmessung) und die COFOG (internationale Klassifikation zu den Ausgaben des Staates nach dem Verwendungszweck) seien in ihren Anforderungen im Übrigen nochmals kritisch zu prüfen. Hier könnten Kapazitäten gespart werden. Die Europäische Zentralbank widersprach und plädierte für die weitgehende Beibehaltung des derzeit im Entwurf vorgesehenen Lieferprogramms für 2014 und der BIP-Schnellschätzungen.

Eurostat sagte zu, die geäußerten Bedenken nochmals in die ESVG-Revisionsgruppe einzubringen. Zur Weiterentwicklung des Lieferprogramms unter Prioritäts- und Ressourcengesichtspunkten forderte Eurostat die Nationalen Statistischen Ämter auf, ihre Vorschläge für die weitere Arbeit der Revisionsgruppe zu konkretisieren.

Der ESS-Ausschuss nahm den *Fortschrittsbericht zur Messung der Verwaltungslasten* zustimmend zur Kenntnis. Die vorgesehenen Vereinfachungen im Bereich Intrastat sahen mehrere Delegationen als kritisch.

Im Rahmen des *laufenden Monitorings zur Volks- und Wohnungszählung* für das 4. Quartal 2009 gaben elf Mitgliedstaaten an, dass mit dem Zensus „sich abzeichnende Risiken“ verbunden seien, vier Mitgliedstaaten sahen „erhebliche Risiken“. Hauptprobleme sind weiterhin Finanzierungsrisiken und Probleme in der Nutzung von Verwaltungsdaten. Eurostat bat den betroffenen Mitgliedsstaaten erneut politische Unterstützung durch die Kommission an.

Der ESS-Ausschuss nahm den *Bericht der Direktorengruppe für Sozialstatistik* zustimmend zur Kenntnis. Der Bericht nennt Maßnahmen zur Verbesserung der statistischen Informationen in den Bereichen Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und Sicherung des Einkommens, Migration sowie Bildung und Fortbildung. Mehrere Mitgliedstaaten

betonten, dass diese Maßnahmen pragmatische Lösungsansätze erforderten, die auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen berücksichtigten.

Der ESS-Ausschuss begrüßte den *Bericht der IT-Direktoren*. Die aufgezeigten Maßnahmen und Vorschläge seien Beleg für ein Zusammenwachsen der Mitglieder des ESS im Bereich der IT.

Den mündlichen *Bericht Eurostats über die konstituierende Sitzung der Direktoren für makroökonomische Statistik* nimmt der ESS-Ausschuss zur Kenntnis. Es wird darauf verwiesen, dass das Mandat der Direktorengruppe neben der ESVG-95-Revision insbesondere auch die Initiative zur Harmonisierung der Preisstatistiken im Sinne einer Mehrzweck-Preisstatistik umfasse. Der von Eurostat vorgelegte Bericht zu diesem Thema wurde vom ESS-Ausschuss einvernehmlich begrüßt.

Die Mitgliedstaaten begrüßten die *Einrichtung einer Sponsorship-Gruppe „Measuring Progress, Wellbeing and Sustainable Development“* zu Fragen der Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Kommission und der Kommissionsmitteilung „GDP and Beyond“. Die Mitglieder des ESS-Ausschusses betonten ausdrücklich, dass die Arbeit der Sponsorship Gruppe auch die bereits auf OECD-Ebene geleisteten Arbeiten berücksichtigen solle. Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Eurostat und Frankreich arbeiten in der Sponsorship-Gruppe Deutschland, Norwegen, Österreich, Bulgarien, Polen, Slowenien, Italien sowie die OECD und die UN-ECE. Über erste Ergebnisse soll in der DGINS-Konferenz im September 2010 in Sofia berichtet werden. Ein Abschlussbericht soll dem ESS-Ausschuss im Sommer 2011 vorgelegt werden.

BMI strukturiert Fach- und Dienstaufsicht für Statistik neu

Dr. Cornelia Rogall-Grothe, die bisher im BMI die Abteilung V „Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht“ leitete, wurde am Mittwoch, 3. Februar 2010, zur Staatssekretärin ernannt. Als Nachfolgerin von Dr. Hans Bernhard Beus, der Anfang Februar 2010 als Staatssekretär in das Bundesministerium der Finanzen wechselte, verantwortet Dr. Rogall-Grothe im BMI jetzt auch das Thema Statistik und damit auch die Dienstaufsicht über Destatis. Mit dem Statistischen Bundesamt arbeitete die Juristin auch bisher schon gut zusammen, wenn es um Bundestags- und Europawah-

len ging, denn sie war als Abteilungsleiterin für das Wahl- und Parteienrecht zuständig.

Auch auf Abteilungs- und Referateebene hat das BMI die Zuständigkeiten für Destatis neu geordnet. Das Referat G 1 3 „Statistik und Demographie“ wurde ohne die Aufgabe „Demographie“ in die Abteilung O verlagert und heißt nun O 6 „Statistik“. Das Referat G 1 3 befasst sich nunmehr ausschließlich mit dem Thema Demographie. Das neue Referat O 6 bildet personell im Wesentlichen das frühere Referat G 1 3 ab; Ministerialrat Hans-Josef Stein ist weiterhin Referatsleiter. Ministerialdirektorin Beate Lohmann leitet die Abteilung O und wird von Dr. Georg Thiel vertreten.

Hochrangige Besucher aus dem BMI

Binnen zwei Wochen besuchten sowohl die neue Leiterin der Abteilung O des BMI wie auch Innenminister Dr. Thomas de Maizière das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Beides waren Antrittsbesuche: Ministerialdirektorin Beate Lohmann, die am 26. Februar 2010 zu Gast war, hatte gerade die Leitung der Abteilung O übernommen. Dr. de Maizière kam im Rahmen seiner Antrittsbesuche bei den Behörden im Geschäftsbereich des BMI am 11. März 2010 nach Wiesbaden.

Der Minister interessierte sich vor allem für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011. Ebenfalls intensiv diskutiert wurden die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung auf der Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, aktuelle Fragen zum Gesundheitswesen und zur Gesundheitswirtschaft, zur Verdienstentwicklung von Männern und Frauen sowie zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 gab Anlass, auf die statistische Fundierung der Berechnung von Sozialleistungen hinzuweisen. De Maizière gab zu bedenken, dass die Politik den Zusammenhang zwischen Einflussfaktoren und sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen kennen müsse. Dies erfordere eine intelligente Verknüpfung von Daten.

Der vorausgegangene Besuch von Abteilungsleiterin Lohmann fiel in die ersten Wochen nach dem Wechsel der Abteilungsleitung und der Neuordnung der Fach- und Dienstaufsicht für das Statistische Bundesamt innerhalb des BMI. Beate Lohmann wurde begleitet von ihrem Ständigen Vertreter, Dr. Georg Thiel, und Ministerialrat

Hans-Josef Stein, dem Leiter des für Destatis zuständigen BMI-Referats O 6.

Auch die Abteilungsleiterin wurde bei ihrem Besuch über den Stand der Vorbereitung des Zensus 2011 informiert. Zusammen mit der Arbeitsebene konnten wichtige organisatorische Fragen besprochen werden, etwa die Konsolidierung der Rechenzentren im Geschäftsbereich des BMI, die auch das Statistische Bundesamt betrifft.

Eurostat Delegation diskutiert über Bevölkerungs- und Sozialstatistiken

Am 4. und 5. Februar 2010 besuchten Inna Steinbuka, Direktorin für Sozialstatistik und Informationsgesellschaft bei Eurostat, und ihre leitenden Mitarbeiter das Statistische Bundesamt, um die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken auf nationaler und europäischer Ebene zu diskutieren. Dieser Bereich wird in Zukunft in der statistischen Programmplanung an Bedeutung gewinnen.

Prosperierende Wirtschaften und die stetige Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Wachstums haben in Europa wie auch in Deutschland lange Zeit die Fragestellungen überdeckt, die sich in der Gegenwart im Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken aufdrängen. Spätestens seit die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des demographischen Wandels in vollem Ausmaß wahrgenommen werden und gleichzeitig die Finanz- und Wirtschaftskrise die Volkswirtschaften in Turbulenzen bringt, wird erkannt, dass wirtschaftliches Wachstum und fortwährendes Streben nach neuen Bestmarken nur eine Seite der Medaille sind. Diese Seite, die zweifellos wichtig ist, um Fortschritte zu erzielen, verdeckte oft die andere Seite der Medaille, die die damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen zeigt.

Besuch des Direktors des Schweizer Bundesamtes für Statistik (BFS)

Auf Einladung von Präsident Roderich Egeler besuchte der Direktor des Schweizer Statistikamtes (BFS) Dr. Jürg Marti am 16. und 17. März 2010 das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Begleitet wurde er von den hochrangigen Delegationsmitgliedern Ernst Matti und Dr. Peter Glauser. Seit über 20 Jahren findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen beiden Amtsleitungen statt. Dabei wur-

den Themen von beiderseitigem Interesse und aktuelle statistikrelevante Entwicklungen erörtert. Unter Beteiligung der jeweiligen Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes standen u.a. die zukünftigen Anforderungen im Europäischen Statistischen System (ESS), das Kommunikationsmodell und die Organisation des Zensus 2011 sowie Modernisierungsprozesse im Bereich der Unternehmensstatistik im Fokus des Informationsgesprächs.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Elektronische Behördendienste gewinnen an Akzeptanz

Mehr als die Hälfte der Unternehmen mit Internetzugang in Deutschland kommuniziert mittlerweile auf elektronischem Wege mit der öffentlichen Verwaltung: Der Anteil liegt im Jahr 2009 bei 53 % und somit um 21 Prozentpunkte höher als 2003.

Am häufigsten nutzen Unternehmen die Websites der Behörden, um Formulare herunterzuladen (85 %) und Informationen einzuholen (81 %). Rund 74 % der Unternehmen schicken ihre ausgefüllten Formulare auch über das Internet zurück; 48 % der Unternehmen verzichten in der Kommunikation mit den Behörden teilweise ganz auf Papier und wickeln einzelne Verfahren vollständig elektronisch ab. Die Möglichkeit, bei einer öffentlichen Ausschreibung online ein Angebot abzugeben, nutzen hingegen bislang nur 14 % der Unternehmen.

Die Nutzung von E-Learning-Angeboten im Internet ist nach wie vor wenig verbreitet. Wie 2003 setzen im Jahr 2009 lediglich 12 % der Unternehmen mit Internetzugang das weltweite Netz zu Lernzwecken ein. Zum Online-Banking wird das Internet deutlich häufiger verwendet. Im Jahr 2009 wickelten 77 % der Unternehmen mit Internetanschluss ihre Bank- und Finanzdienstleistungen über das Internet ab (2003: 64 %).

Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ kostenfrei im Download

Das Internet hat sich zum Hauptverbreitungskanal für Informationen des Statistischen Bundesamtes entwickelt. Mit der kostenfreien Verbreitung unserer Daten und Veröf-

fentlichungen über diese Angebotsplattform stellt das Statistische Bundesamt seinen Nutzern ein umfassendes Datenangebot bereit. Nunmehr werden auch die parallel zur Printausgabe erscheinenden Download-Ausgaben der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ in das kostenfreie Internetangebot integriert.

Ab der Ausgabe Januar 2010 ist der Textteil von „Wirtschaft und Statistik“ als PDF-Ausgabe über unseren Online-Publikationsservice kostenfrei erhältlich.

Über den Navigationsdienst des Buchportals libreka! (www.libreka.de) ist der Inhalt der Hefte online recherchierbar.

Den Beziehern unserer Druckausgabe können wir den Jahrgang 2010 zu unveränderten Konditionen anbieten. Der Jahresbezugspreis für 12 Ausgaben beläuft sich wie bisher auf 137,80 EUR (Einzelpreis je Heft 15,90 EUR).

Haben Sie noch Fragen oder können wir Ihnen anderweitig behilflich sein? Das Vertriebsteam des Statistischen Bundesamtes bietet Ihnen gerne seine Unterstützung unter der Telefonnummer 0611/75-3125 oder über unser [Kontaktformular](#) an.

Homepage zu eSTATISTIK.core aktualisiert



Für immer mehr Statistiken existiert die Möglich-

keit, Daten mit eSTATISTIK.core automatisiert zu generieren und via Internet an die amtliche Statistik zu übermitteln – entweder mit einem in die Bearbeitungssoftware implementierten Statistikmodul oder mit dem lokal zu installierenden CORE.reporter.

Ein zentrales Instrument für die Zusammenarbeit zwischen Softwareherstellern, Meldern und den Statistischen Ämtern ist die Homepage zu eSTATISTIK.core unter der Adresse www.statspez.de/core. Sie wurde nun grundlegend überarbeitet und in ihrer Struktur an die Nutzergruppen angepasst. Anwender des Meldeverfahrens finden Informationen über Voraussetzungen und Funktionsweise von eSTATISTIK.core sowie einen Download-Bereich mit den zur Verfügung stehenden Versionen des CORE.reporters. Softwarehersteller und Entwickler können sich unter anderem über die verschiedenen XML-Formate des Verfahrens informieren und erhalten Zugang zu den statistikspezifischen Liefervereinbarungen und Spezifikationen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-3940 oder unser [Kontaktformular](#).

Bildungsfinanzbericht 2009

Der Bildungsfinanzbericht 2009 wurde vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz erarbeitet. Er enthält neben den erwähnten Ergebnissen der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte auch das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Darin sind auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie die Forschungsausgaben enthalten.

Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2009 Bildungsausgaben in Höhe von 97,9 Mrd. Euro veranschlagt. Das sind 4 % mehr als für 2008 geplant waren. Zusätzlich stellen Bund, Länder und Gemeinden nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 8,7 Mrd. Euro für den Bildungsbereich zur Verfügung.

Der Bildungsfinanzbericht 2009 enthält weitere Informationen zu den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben. Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial sowie umfangreichen Tabellen steht der Bericht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung. In gedruckter Form kann der Bericht ebenfalls über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) oder über den Buchhandel zum Preis von 9,80 Euro bezogen werden.

Neue Veröffentlichung: Außenhandel in der Globalisierung

Im Februar 2010 hat das Statistische Bundesamt eine neue Veröffentlichung mit dem Titel „Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel und Welthandel, 1990 bis 2008“ herausgegeben. Im betrachteten Zeitraum sind die internationalen Märkte zunehmend zusammengewachsen. Die Osterweiterung der Europäischen Union, die Einführung des Euro und der Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht sind nur einige Ereignisse, die in die fast zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung fielen. Die neue Veröffentlichung stellt dar, wie sich der Außenhandel des mehrfachen Exportweltmeisters Deutschland in dieser Zeit entwickelt hat.

Es wird untersucht, welche Waren und Handelspartner an Bedeutung verloren oder gewonnen haben, wie der Gesamthandel verlief und welche Besonderheiten aufgetreten sind. Die detaillierte Betrachtung des deutschen Außenhandels wird abgerundet durch seine Einordnung in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und in den internationalen Kontext. Der Blick auf globale Handelsentwicklungen zeigt den Rahmen, in den die deutschen Daten einzuordnen sind. Mit vielen Tabellen und Grafiken bietet die neu erschienene Veröffentlichung eine fundierte Datenbasis zum Verständnis der Entwicklung des deutschen und weltweiten Außenhandels in der Globalisierung. Die Veröffentlichung „Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel und Welthandel, 1990 bis 2008“ steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Krankheitskosten – neues Themenheft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes

236 Mrd. Euro – das ist die Summe, die in Deutschland im Laufe des Jahres 2006 für den Erhalt der Gesundheit und die Linderung von Krankheitsfolgen ausgegeben wurde. Darin ist der Verlust, der am Arbeitsmarkt infolge von Arbeitsunfähigkeit, Invalidität und Mortalität entsteht, noch nicht enthalten. Den Berechnungen zufolge gingen hierdurch 2006 zusätzlich rund 4 Mill. Erwerbstätigkeitsjahre verloren. Welche Krankheiten waren besonders kostenintensiv? Weshalb überschritten die Krankheitskosten der Frauen die der Männer um fast 36 Mrd. Euro? Auf welche Krankheiten waren bei älteren Menschen die höchsten Kosten zurückzuführen und auf welche bei Kindern und Jugendlichen?

Diese und ähnliche Fragen werden im aktuellen, rund 30-seitigen Themenheft 48 „Krankheitskosten“ aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes beantwortet. Die Daten für diese Veröffentlichung stammen aus der Krankheitskostenrechnung des Statistischen Bundesamtes, die alle zwei Jahre einen Überblick über die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens durch die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, Krankheitsarten und Einrichtungen des Gesundheitswesens gibt.

Das aktuelle Themenheft ist das letzte von drei volkswirtschaftlichen Beiträgen im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE). Darin wurde der Bogen vom Ausgaben- und Finanzierungsgeschehen im Gesund-

heitswesen (Themenheft 45: Ausgaben und Finanzierung des Gesundheitswesens) über die Beschäftigung im Gesundheitswesen (Themenheft 46: Beschäftigte im Gesundheitswesen) bis zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens durch die Bevölkerung (Themenheft 48: Krankheitskosten) gespannt. Datenbasis für diese drei Beiträge waren die aufeinander abgestimmten gesundheitsbezogenen Rechensysteme des Statistischen Bundesamtes: die Gesundheitsausgabenrechnung, die Gesundheitspersonalrechnung und die Krankheitskostenrechnung. Alle drei Themenhefte sind kostenlos als Print- oder PDF-Dokument über die Gesundheitsberichterstattung des Bundes unter www.gbe-bund.de oder das Statistische Bundesamt unter www.destatis.de zu beziehen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8231 oder unser [Kontaktformular](#).

Deutschland – Land und Leute

Kompakt und informativ zugleich präsentiert sich die neue Veröffentlichung „Deutschland – Land und Leute“, die im Dezember 2009 erschienen ist. Auf einen Blick erfassbar deckt sie ein breites Themenspektrum ab: Von Arbeitsmarkt bis Zahnarzt, von Auswanderung bis Zuzug. Viele Grafiken, etliche Tabellen und einige kurze Texte porträtieren das Land, die Leute, das Leben und die Wirtschaft. Aufbau und Art der Darstellung vermitteln eine hohe Informationsdichte auch ohne lange Texte.

Die Veröffentlichung bietet einen Einblick in den Wissensschatz der amtlichen Statistik und soll Lust auf mehr wecken.

Ein Großteil der präsentierten Daten ist der Datenbank GENESIS-Online entnommen – so können je nach Wunsch auch detailliertere Ergebnisse und längere Zeitreihen zu einem Thema recherchiert werden.

Die Veröffentlichung steht auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Auf einen Blick: Wie geht es den Deutschen?



„Wie geht's?“ – eine alltägliche Frage, die meist schnell beantwortet ist: „Gut!“. So antworteten im Jahr 2006 auch 47 % der Bevölkerung ab 16 Jahren. Mit „Sehr gut“ bezeichneten weitere 14 % ihren allgemeinen Gesundheitszustand. Neben diesem Ergebnis aus der Erhebung LEBEN IN EUROPA zum subjektiven Gesundheitsempfinden der Menschen in Deutschland sammelt das Statistische Bundesamt eine Vielzahl weiterer Gesundheitsdaten. Auszüge davon enthält die neue Broschüre „Gesundheit auf einen Blick“.

Anhand ausgewählter statistischer Fakten gibt sie einen Einblick in das deutsche Gesundheitswesen und in das Datenangebot der amtlichen Gesundheitsstatistik: Angefangen bei der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung über die Gesundheitsversorgung, den Lebensstil bis hin zu den ökonomischen Rahmenbedingungen. Als Datengrundlage dienen neben der Gesundheitsstatistik auch Ergebnisse verwandter Themenbereiche, wie zum Beispiel der Pflegestatistik, der Bevölkerungsstatistik und der Statistik der Straßenverkehrsunfälle. Die Publikation ist kostenlos als Print- oder PDF-Dokument über www.destatis.de abrufbar.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8231 oder unser [Kontaktformular](#).

Die meisten Paare beziehen zeitweise gemeinsam Elterngeld

Im Jahr 2009 haben rund 86 200 Paare, bei denen sowohl der Vater als auch die Mutter im Laufe des Jahres Elterngeld erhalten haben, den Elterngeldbezug beendet. Mehr als die Hälfte dieser Paare (53 %) hat das Elterngeld zeitweise gemeinsam bezogen, und zwar für durchschnittlich fast zwei Monate. Väter nahmen dabei im Durchschnitt Elterngeld für 2,5 Monate und Mütter für 11,4 Monate in Anspruch. 1 % der Paare hat das Elterngeld über den gesamten Zeitraum zusammen in Anspruch genommen, und zwar für durchschnittlich etwas mehr als sechs Monate.

Weitere Ergebnisse der Elterngeldstatistik für 2009 sind abrufbar im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen).

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8167 oder unser [Kontaktformular](#).

Kindertagesbetreuung regional 2009



Die neu erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kindertagesbetreuung regional 2009“ enthält aktuelle Daten zur Situation der Kindertagesbetreuung in allen 413 Stadt- und Landkreisen in Deutschland. Neben den Betreuungsquoten der Kinder unter drei Jahren werden auch Daten zur Kindertagesbetreuung der Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren dargestellt. Auch Daten zu Kindern bis fünf Jahren in Ganztagsbetreuung, das sind Kinder mit Betreuungszeiten von mehr als sieben Stunden je Tag, sind enthalten. Darüber hinaus liefert die Veröffentlichung Daten zu Kindern in Kindertagesbetreuung, die einen Migrationshintergrund haben, und zu Kindern mit einem erhöhten Förderbedarf. Die Publikation ist kostenlos im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) erhältlich.

Gemeinschaftsveröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007“



Der neu erschienene Bericht gibt einen Überblick über Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland. Er ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes wird die Sozialberichterstattung unter dem Thema „Sozialleistungen“ geführt. In diesem Themenbereich sind aktuelle Zahlen und Hintergrundinformationen sowie weitere statistische Berichte und Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern zusammengestellt www.destatis.de.

Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aus der diese Ergebnisse stammen, steht im Internet unter www.amtliche-sozialberichter-

stattung.de sowie im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen (Stichwort: Mindestsicherung) zum kostenlosen Download bereit.

Rechtsangelegenheiten

Vertrag von Lissabon in Kraft getreten

Die letzte formale Hürde für den Vertrag von Lissabon wurde genommen, als die Tschechische Republik ihre Ratifizierungsurkunde in Rom hinterlegte. Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Mit ihm werden die Institutionen der Europäischen Union (EU) modernisiert (institutionelle Änderungen) und ihre Arbeitsmethoden optimiert. Wie der Vertrag von Nizza, der durch den Vertrag von Lissabon reformiert wird, splittet sich der Vertrag von Lissabon in einen EU-Vertrag (EUV) und den eigentlichen Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Der neue Vertrag gibt der EU nunmehr eine Rechtspersönlichkeit, das heißt in Zukunft wird der Begriff „Europäische Gemeinschaften“ einheitlich durch „Europäische Union“ ersetzt.

Es werden viele neue Rechtsbegriffe eingeführt, oft hat sich dabei aber nur die Bezeichnung für bekannte Sachverhalte geändert. Die Änderungen des Gesetzgebungsverfahrens werden (indirekt) auch Auswirkungen auf die amtliche Statistik haben.

- Wie bisher werden Statistikrechtsakte im Mitentscheidungsverfahren von Rat und Parlament verabschiedet. Das Verfahren wird aber nicht mehr Mitentscheidungsverfahren, sondern „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“ (Artikel 289 i.V.m. Artikel 294 AEUV) genannt.
- Bei der Berechnung der „qualifizierten Mehrheit“ wird die bisherige Stimmgewichtung ab 2014 abgeschafft. Es ist dann eine doppelte Mehrheitsberechnung erforderlich:
 - eine Mehrheit von mindestens 55 % der Mitglieder des Rates und
 - eine Mehrheit von 65 % der EU-Bevölkerung (sog. genannter demografischer Faktor).
- Änderungen wird es bei der Rechtsetzungsbefugnis der Kommission geben, die deutlich gestärkt werden wird. Ohne Durchführung eines formellen Komitologieverfahrens

rens (Verfahren zum Erlass von Rechtsakten durch die Kommission unter Beteiligung der Mitgliedstaaten) ist die Kommission nunmehr berechtigt, in eigener Befugnis sogenannte delegierte Rechtsakte (Artikel 290 AEUV) zu erlassen. Die Kommission wird dabei ermächtigt, die Arbeit des Gesetzgebers zu ergänzen oder zu ändern. Diese Ermächtigung gilt aber nur im Rahmen der vom Gesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat) gesetzten Schranken. Dieser ist verpflichtet, Ziel, Inhalt, Geltungsbereich und Dauer der Befugnisübertragung ausdrücklich in einem Basisrechtsakt festzulegen. Da die delegierten Rechtsakte etwas völlig Neues sind, muss ihre genaue Ausgestaltung gemeinsam durch Kommission, Europäisches Parlament und Rat vorgenommen werden.

- Es wird einen neuen Komitologiebeschluss geben, der den 2006 reformierten Komitologiebeschluss ersetzen wird (siehe Artikel 291 AEUV). Die dann im Komitologieverfahren erlassenen Rechtsakte werden in Zukunft als „Durchführungsrechtsakte“ bezeichnet.
- Sowohl für delegierte Rechtsakte als auch für Durchführungsrechtsakte gilt:
- Verordnungsentwürfe müssen sofort bzw. kurzfristig umgeschrieben und an die neue Rechtslage in den Artikeln 290 und 291 AEUV angepasst werden.
- Bereits bestehende Verordnungen müssen langfristig an die neue Rechtslage in den Artikeln 290 und 291 AEUV angepasst werden. Bis dahin haben bestehende Rechtsakte weiterhin Gültigkeit.

Diese Anpassungen muss auch die amtliche Statistik umsetzen.

Änderung der gesetzlichen Arbeitsgrundlage der Finanz- und Personalstatistiken

Am 1. Januar 2010 ist das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMoG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2580) in Kraft getreten. Das Finanz- und Personalstatistikgesetz ist die Rechtsgrundlage sowohl der Finanz- als auch der Personalstandstatistiken und definiert Erhebungszeiträume, -merkmale und -einheiten.

Die Anpassung der Gesetze war notwendig, da sowohl einige Kommunen als auch Länder auf die Doppik als Rechnungssystem ihrer Haushalte umgestellt haben und somit zwei grundlegend verschiedene Systeme der Haushaltswirtschaft existieren.

Ziel der Änderungen ist es, nach der Zulassung unterschiedlicher Rechnungssysteme für Bund und Länder (Kameralistik, Doppik) weiterhin eine einheitliche finanzstatistische Berichterstattung über die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Grundlage des Gruppierungs- und Funktionenplans zu gewährleisten. Es soll sichergestellt werden, dass aggregierte Gesamtergebnisse aller staatlichen Einnahmen und Ausgaben sowie Ländervergleiche weiterhin möglich bleiben, indem die Gebietskörperschaften – unabhängig von der Systematik ihrer Haushaltswirtschaft – weiterhin Daten nach den statistischen Anforderungen zu liefern haben. Die Koexistenz verschiedener Rechnungssysteme ist nach dem Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz möglich, unter der Voraussetzung, dass die Einheitlichkeit der erforderlichen übergreifenden Datenlieferung gewährleistet bleibt.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

ESSnet: Dezentraler Zugang zu europäischen Mikrodaten

In zahlreichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ist der Zugang zu Mikrodaten nationaler Statistiken für die wissenschaftliche Forschung bereits etabliert und wird zunehmend nachgefragt. In Deutschland stellen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Datensätze für die wissenschaftliche Mikrodatenanalyse über verschiedene Nutzungswege zur Verfügung.

Eine Zugangsmöglichkeit besteht im Konzept des Gastwissenschaftsarbeitsplatzes, an dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler faktisch anonyme Einzeldaten analysieren können. Die Verwendung von Einzeldaten aus europäischen Gemeinschaftsstatistiken für wissenschaftliche Zwecke mit einem vergleichbar hohen Analysepotenzial ist allerdings derzeit lediglich an einem Gastwissenschaftsarbeitsplatz beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg möglich. Dies schränkt die Nutzung dieser Daten für viele interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein.

In der ESSnet-Machbarkeitsstudie „Decentralised Access to EU-Microdatasets“ wurden potenzielle Zugänge zu

europäischen Gemeinschaftsstatistiken entwickelt und deren Umsetzungsmöglichkeiten unter rechtlichen, technischen und administrativen Aspekten überprüft. Neben der inhaltlichen Mitarbeit organisierte das Statistische Bundesamt die Studie. Weitere Kooperationspartner waren die Statistischen Ämter Italiens, des Vereinigten Königreiches, Ungarns, der Niederlande, sowie aus dem Kreis der Statistischen Landesämter der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen.

Nach der Evaluation möglicher Lösungen wurden zwei Empfehlungen ausgesprochen: Zum einen wurde eine Pilot-Lösung vorgeschlagen, die kurzfristig den Zugang zu den Einzeldaten der Gemeinschaftsstatistiken auf nationaler Ebene ermöglicht, und zum anderen wurde eine eher strategisch langfristige Lösung angeregt.

Bei der Pilot-Lösung werden bereits bestehende Infrastrukturen genutzt. Exemplarisch soll für das Europäische Haushaltspanel der Zugang über eine sichere Datenverbindung (thin client) zu einem zentralen Server bei Eurostat für die nationalen Forschungsdatenzentren (Safe-Centres) in den jeweiligen Statistischen Instituten der Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Die langfristige Lösung sieht ebenfalls vor, dass ein Fernzugriff auf zentral gespeicherte Daten bei Eurostat eingerichtet wird. Dabei sollen das Angebot auf weitere Gemeinschaftsstatistiken ausgeweitet und Standardisierungsmöglichkeiten auf der Grundlage gesammelter Erfahrungen beschrieben und entwickelt werden. Als Vorteile dieser langfristigen Lösung sind sowohl ein verbesserter Zugang auf nationaler Ebene als auch eine geringere direkte Einbindung Eurostats zu sehen.

Diese Empfehlungen sollen Grundlage einer für Herbst 2010 angedachten Implementierungsstudie sein, mit der untersucht werden soll, ob über ein dezentrales Netzwerk nationaler Safe-Centres Mikrodaten der Gemeinschaftsstatistiken angeboten werden können. Am 17. und 18. Juni 2010 veranstaltet das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten und Eurostat einen Workshop, in dem die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie präsentiert und Diskussionen über die Umsetzung ermöglicht werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummern 0611/75-4691 oder -4349 bzw. unser [Kontaktformular](#).

Elektronische Fragebogen auf dem Prüfstand

Vor einem Jahr wurde das Pretestlabor des Statistischen Bundesamtes mit einer speziellen Technik ausgestattet,

um elektronische Fragebogen auf ihre Benutzerfreundlichkeit zu überprüfen: einem Arbeitsplatz zur Durchführung von sogenannten „Usability-Tests“. Usability-Tests werden im Pretestlabor eingesetzt, um Online-Fragebogen dahingehend zu testen, ob Befragte den Fragebogen schnell und fehlerfrei ausfüllen können. Die Ergebnisse tragen zum einen zu einer verbesserten Datenqualität in der amtlichen Statistik, zum anderen aber auch zu einer Entlastung der Befragten bei.

Daneben werden in der kommerziellen Forschung Usability-Tests beispielsweise auch eingesetzt, um herauszufinden, ob Nutzer/-innen mit der Navigation einer Webseite zurecht kommen, oder um die Übersichtlichkeit und Verständlichkeit von Bedienungsanleitungen sicherzustellen.

Zukunftsträchtig im Bereich Usability ist die sogenannte „Eye-Tracking-Analyse“, die auch im Pretestlabor des Statistischen Bundesamtes genutzt wird: Eine spezielle Kamera zeichnet Augenbewegungen und Blickverläufe auf, während eine Testperson einen elektronischen Fragebogen online ausfüllt. Nach dem Ausfüllen des elektronischen Fragebogens wird bei einem Pretest ein zusätzliches kognitives Interview geführt. Dabei wird die Testperson anhand eines festgelegten Fragenkatalogs (Gesprächsleitfaden) eingeladen, aus ihrer Perspektive die Handhabung des Instruments einzuschätzen, um die Ursachen für bestimmte Vorgehensweisen beim Eintragen von Antworten zu erfahren. In einem weiteren Schritt werden die von allen Testpersonen vorliegenden Aufzeichnungen hinsichtlich unterschiedlichster Fragestellungen ausgewertet, wie z. B.:

- Werden Fragen komplett gelesen oder nur einzelne Wörter?
- Werden Hinweise und Erläuterungen gelesen?
- Wird die Navigation durch den Fragebogen verstanden?
- Welcher Bereich einer Seite erfährt die größte Aufmerksamkeit?
- In welcher Reihenfolge werden die Elemente einer Seite betrachtet?
- Welche graphischen Elemente führen zu mehr Aufmerksamkeit?

Durchgeführte Untersuchungen mit Eye-Tracking zeigen, dass Befragte bei der Beantwortung eines Fragebogens grundsätzlich sehr schnell vorgehen. Erläuterungen, Hinweise und andere lange Textstellen im Fragebogen werden deshalb häufig nur überflogen oder überhaupt nicht gelesen. In der Folge werden Fragen missverstanden, so dass

falsche Antworten zustande kommen. Ebenfalls problematisch ist die Verwendung sehr langer Antwortlisten. In vielen Fällen werden diese nicht komplett gelesen, was zu Fehleintragungen im Fragebogen führen kann. Befragte gehen außerdem davon aus, dass sie quasi „automatisch“ durch den Fragebogen geführt werden. Das Eye-Tracking zeigt allerdings, dass eine unübersichtliche Navigation durch den Fragebogen zu Unsicherheiten bei Befragten und im schlimmsten Fall zu einem Abbruch des Ausfüllens führt.

Die Ergebnisse der bisherigen Tests bestätigen somit eine zentrale These der Fachliteratur: „Don't make me think!“. Befragte haben eine Erwartungshaltung an elektronische Fragebogen, wie sie auch bei der Bedienung von Webseiten bekannt ist: Nutzer/-innen wollen möglichst schnell und vor allem erfolgreich ihr Ziel erreichen, also im Fall von elektronischen Fragebogen möglichst einfach durch das Erhebungsinstrument kommen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummern 0611/75-2109 oder -4721 bzw. unser [Kontaktformular](#).

Statistikschulung für Schlüsselkunden

Einmal im Quartal lädt der i-Punkt Berlin Nutzer, die sich detaillierter über das Datenangebot der europäischen und internationalen Statistik informieren möchten, zu einem Kurzseminar ein. Dabei werden die wichtigsten Statistik-Datenbanken vorgestellt, Extraktionen Schritt für Schritt vollzogen und Probleme besprochen, die sich bei Recherchen häufig ergeben. Die Teilnehmer kamen bisher unter anderem vom Bundesfinanzministerium, Germany Trade and Invest (ehemals Bundesagentur für Außenwirtschaft), Consulting-Unternehmen, dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle, der Bundesbank, vom Tagesspiegel sowie von verschiedenen Universitäten. Die Veranstaltungsreihe wird auf der Website des Europäischen Datenservice (EDS) angekündigt und ist sowohl für die Teilnehmer als auch für den i-Punkt eine interessante Gelegenheit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt

Bruttoinlandsprodukt 2009

Am 13. Januar 2010 wurde unter anderem das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2009 vorgestellt.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft. Mit – 5,0 % war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis). Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Im Jahr 2008 war das BIP noch leicht um 1,3 %, in 2007 um 2,5 % und 2006 sogar um 3,2 % gestiegen.

Der Staatssektor wies im Jahr 2009 nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 77,2 Milliarden Euro auf. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus eine Defizitquote von 3,2 %. Nach ausgeglichenem Haushalt im Jahr 2008 wurde der im Maastricht-Vertrag genannte Referenzwert von 3 % des BIP damit im Jahr 2009 erstmals seit vier Jahren überschritten.

Am 12. Februar 2010 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2009 und die überarbeiteten Ergebnisse für das Jahr 2009 veröffentlicht (nur BIP); am 24. Februar 2010 folgten die detaillierten Ergebnisse.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im [Internet](#) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „[Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen](#)“, Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse 2009“ tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im [Publikationsservice](#) des Statistischen Bundesamtes kostenfrei erhältlich. Einen ausführlichen [Qualitätsbericht](#) für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden Sie ebenfalls kostenfrei im Internet.

Die Unterlagen der [Pressekonferenz](#) einschließlich eines Audio-Beitrages können im Internet abgerufen werden.

Knapp 9 % aller Arbeitsverträge waren im Jahr 2008 befristet

Seit 1991 waren in Deutschland noch niemals mehr Erwerbstätige mit befristetem Vertrag beschäftigt als 2008. Danach waren im Jahr 2008 2,7 Millionen oder 8,9 % der Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (ohne Schüler und Studierende mit Nebenjob sowie Auszubildende) mit zeitlicher Befristung tätig. Im Jahr 1991, für das erstmals Daten für das wiedervereinigte Deutschland vorlagen, betrug die entsprechende Quote 5,7 %.

Ausführlichere Informationen zu befristeten Arbeitsverhältnissen bietet ein veröffentlichter Artikel im STATmagazin des Statistischen Bundesamtes der unter www.destatis.de abrufbar ist.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2124 oder unser [Kontaktformular](#).

Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel

Fachausschuss „Klassifikationen“

Im Mittelpunkt der Sitzung des Fachausschusses „Klassifikationen“ am 25. März 2010 stand die Information und Diskussion über die Vorgehensweise bei der Entwicklung, über den Stand und das Ergebnis der Arbeiten an der nationalen Klassifikation der Berufe, Ausgabe 2010 (KldB 2010). Federführend ist dabei die Bundesagentur für Arbeit (BA), gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), diese haben auch einen Teil der Präsentation des Themas übernommen. Das Statistische Bundesamt und andere Institutionen sind an den Arbeiten beteiligt. Besonderes Anliegen des Statistischen Bundesamtes ist die Herstellung einer größtmöglichen Kompatibilität zwischen der KldB 2010 und der International Standard Classification of Occupations (ISCO-08), in deren Gliederung künftig rechtsverbindlich berufsstatistische Daten an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu liefern sind. BA und IAB informierten u.a. über die Strukturprinzipien der KldB 2010 (Berufsfachlichkeit als strukturgebende Dimension, Anforderungsniveau) sowie über das methodische Vorgehen in Form einer Clusterung der Berufe anhand ihrer Berufsfach-

lichkeit mit anschließender Ausdifferenzierung der berufsfachlichen Cluster anhand des Anforderungsniveaus, ergänzt um die Verortung spezifischer Berufsgruppen. Der vorgelegte Entwurf der KldB 2010 hat auf der untersten Gliederungsebene 1.152 Positionen. Das ist eine deutliche Reduzierung gegenüber bisher rund 2.000 Positionen. BA und Statistisches Bundesamt berichteten in gesonderten Beiträgen über ihre Einschätzung der bisher erreichten Kompatibilität zwischen dem Entwurf der KldB 2010 und der ISCO-08, wobei die Bewertungen allerdings noch auseinandergehen. Der Fachausschuss lobte die Entwicklung der KldB 2010 durch wissenschaftliche Methoden und sprach sich dafür aus, den Entwurf der Klassifikation nochmals zu überarbeiten, mit dem Ziel einer Steigerung der Kompatibilität mit der ISCO-08.

Weitere Themen der Fachausschusssitzung waren die Abschlussarbeiten an den kürzlich revidierten internationalen und europäischen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen, Änderungen in den Außenhandelsklassifikationen und die Weiterentwicklung der Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene.

Die genannten Abschlussarbeiten betreffen die stärkere Differenzierung der Gegenüberstellung zwischen der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA 2008) und der für zolltarifliche und außenhandelsstatistische Zwecke geschaffenen Kombinierten Nomenklatur (KN), die Korrektur von Bezeichnungen der CPA 2008 sowie die inhaltliche Präzisierungen der Erläuterungen zur statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) und der CPA 2008. Der Fachausschuss plädierte dafür, Präzisierungen der Erläuterungen zur NACE Rev. 2, die Auswirkungen auf die Interpretation des Inhalts der Klassifikationspositionen haben können, bis zum nächsten Update der NACE zu verschieben. Das Statistische Bundesamt wird dieses Votum in den weiteren Verhandlungen in der zuständigen Arbeitsgruppe bei Eurostat berücksichtigen. Bezüglich der Weiterentwicklung der Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene besteht Einvernehmen, dass die für 2012/2013 geplante Überarbeitung auf eine sehr vorsichtige Aktualisierung ohne strukturelle Änderungen beschränkt bleiben soll. Diskutiert wurde der Vorschlag, in einer künftigen Wirtschaftszweigklassifikation eine sepa-

rate Position für „haushaltsnahe Dienstleistungen“ zu schaffen.

Das Statistische Bundesamt informierte außerdem über die zum 1. Januar 2010 in Kraft getretenen sowie über die für 2011 mit dem Schwerpunkt der Modernisierung und für 2012 mit dem Schwerpunkt der Anpassung an das revidierte Harmonisierte System (HS) geplanten Änderungen in der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur der Europäischen Union (Kombinierte Nomenklatur (KN)). Der Fachausschuss regte an, zur nächsten Sitzung auch einen Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) einzuladen, der die Entscheidungsprozesse in Hinblick auf die Änderungen des HS und Mitwirkungsmöglichkeiten der Verbände erläutern kann. Außerdem soll das BMF erläutern, welche Informationen die Zollverwaltung aus der Außenhandelsstatistik nutzt. Sollte die Zollverwaltung aus zoll- oder steuerrechtlichen Gründen eigene Statistiken erstellen, kann eventuell über die Anwendung einer einfacheren Nomenklatur für außenhandelsstatistische Zwecke nachgedacht werden.

Fachausschuss „Handelsstatistik“

Aufgrund einer Entscheidung des Fachausschusses Handelsstatistik im Jahr 2006 behandelte der Fachausschuss am 18.03.2010 nur Themen der Binnenhandelsstatistik.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten der statistischen Ämter war die termingerechte Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), bei den Konjunkturstatistiken. Mit der gelungenen Umstellung konnte Destatis zahlreiche Verbesserungen realisieren: Die Handels- und Gastgewerbestatistiken weisen nun - wie alle anderen Konjunkturstatistiken auch - das Basisjahr 2005 auf. Außerdem erfolgt die Deflationierung nunmehr mittels Mehrwertsteuerbereinigter Preisindizes. Die Konjunkturbeobachtung ist somit nicht mehr durch Mehrwertsteuererhöhungen verzerrt. Weiterhin stimmte Destatis im Vorfeld die Sondersummen mit den Nutzern ab und informierte ausführlich über das Verfahren der Umstellung, durchgeführte Schätzungen und Bereinigungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten ist die Einführung der Verwaltungsdatenverwendung durch ein Mix-Modell aus Primärerhebung und Verwaltungsdaten. Zur Integration der Verwaltungsdaten in die laufende Aufbereitung sind noch Untersuchungen erforderlich. Der Fachausschuss stimmte der Einführung nach dem 01. Januar 2011 im Interesse der Qualität der Handelsstatistik zu.

Derzeit werden die Stichprobe der Handelsstatistik aktualisiert und Repräsentativunternehmen schrittweise aus der Berichtspflicht entlassen (Stichprobenrotation). Mit der neu entwickelten jährlichen Stichprobenrotation wird der Umstieg von der zählungsbasierten auf eine registerbasierte Statistik fortgesetzt, die alle Vorteile der aktuellen Informationen des Unternehmensregisters (URS) nutzt. Gleichzeitig werden die Angaben im Unternehmensregister besser aktualisiert und die Konsistenz der Strukturstatistiken zum URS verbessert. Das neue Stichprobenkonzept führt zu genaueren Ergebnissen und verbessert die Repräsentativität der Handelsstatistiken, weil neu gegründete Unternehmen besser als in der Vergangenheit in die neuen Berichtskreise integriert werden. Anstatt großer Brüche in den Ergebnissen werden jährlich Strukturveränderungen dargestellt. Der Fachausschuss befasste sich mit der Integration der neuen Berichtskreise im laufenden und dem Folgejahr bei den Konjunkturstatistiken und stimmte den Empfehlungen des Statistischen Bundesamtes zu.

Die tief gegliederten Ergebnisse der Strukturstatistiken im Handel bilden u.a. das Mengengerüst für die Einzelhandels- und Großhandelspreisindizes und werden von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder für Berechnungen auf nationaler Ebene sowie für kleinräumige Schätzungen genutzt. Darüber hinaus fließen die Daten der Strukturstatistik in die Analysen über kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) ein. Die vielfältige Nutzung der Strukturstatistiken stellt hohe Anforderungen an die Datenqualität, die mit Hilfe moderner Aufbereitungsmethoden erreicht werden muss. Sowohl die dezentrale Datenhaltung als auch die eingesetzte Software lassen moderne Plausibilisierungsmethoden nicht zu. Für die Nachfolgesoftware, die erstmalig für das Berichtsjahr 2010 eingesetzt werden soll, gelten diese Restriktionen nicht mehr, so dass insbesondere bei der Kompensation von Antwortausfällen bessere Schätzungen erreicht werden.

Die Neukonzeption der Software für die Plausibilisierung der Konjunkturerhebung steht dagegen noch ganz am Anfang. Auch für die Konjunkturerhebung ist eine zentrale Datenhaltung und damit verbundene bessere Plausibilisierung vorgesehen. Der Fachausschuss diskutierte in diesem Zusammenhang Aspekte des künftigen Umfangs von Ergebniskorrekturen, mögliche Änderungen der Messzahlenberechnung und die Einbeziehung aller Bundesländer in die ersten Ergebnisse.

Anschließend informierte sich der Fachausschuss über die Weiterentwicklung der Datenbank GENESIS-Online, in der Ergebnisse der monatlichen und jährlichen Strukturstatistiken abrufbar sind. Er sprach sich für eine Erweiterung der bereits enthaltenen Qualitätsindikatoren um Informationen zum Median und unit non-response aus.

Bei den Konjunkturstatistiken will Destatis künftig aus Qualitätsgründen die Gliederungstiefe der Veröffentlichung in GENESIS-Online von der Höhe des relativen Standardfehlers abhängig machen. Der Fachausschuss stimmte einer Reduzierung der Gliederungstiefe bei den Veröffentlichungen in Abhängigkeit von den relativen Standardfehlern zu.

Der Fachausschuss „Handelsstatistik“ wird sich im Jahr 2012 wieder mit Themen aus den Binnenhandelsstatistiken beschäftigen.

Ausführliche Unterlagen können unter der E-Mail-Adresse: binnenhandel@destatis.de angefordert werden.

Aufbau eines Europäischen Unternehmensgruppenregisters

Das EuroGroups-Register (EGR) ist eine zentrale Datenbank zu multinationalen Unternehmensgruppen in der Europäischen Union (EU). Die Entwicklung dieser Datenbank wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) mit hoher Priorität betrieben. Das EuroGroups-Register soll sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene Grundlage für Statistiken werden, die der Beobachtung der Internationalisierung und Globalisierung dienen. Dazu soll das EuroGroups-Register den Statistikproduzenten eine europaweit abgestimmte und möglichst aktuelle Datenbasis zur Verfügung stellen.

Für den Aufbau des EuroGroups-Registers und seine regelmäßige Aktualisierung werden unterschiedliche Datenquellen verwendet. Zum einen kauft Eurostat Verflechtungsinformationen zu multinationalen Unternehmensgruppen von zwei kommerziellen Datenanbietern. Zum anderen werden die Einzeldaten zu Unternehmensgruppen und deren zugehörigen Einheiten aus den nationalen Unternehmensregistern der Mitgliedstaaten genutzt. Die Daten aus den verschiedenen Quellen werden in einer zentralen Datenbank bei Eurostat zusammengeführt, konsolidiert und gespeichert. So soll eine europaweit einheitliche Darstellung von multinationalen Unternehmensgruppen gewährleistet werden.

Die rechtliche Grundlage für den Aufbau des EuroGroups-Registers bilden die Artikel 11 und 12 der Registerverordnung (EG) Nr. 177/2008, welche einen Austausch von Einzeldaten über multinationale Unternehmensgruppen zwischen den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten, den Zentralbanken und Eurostat vorsehen. Während der Datenaustausch zwischen Eurostat und den statistischen Ämtern bereits in die Praxis umgesetzt wird, sollen die Zentralbanken bei einer künftigen Erweiterung einbezogen werden. Als Voraussetzung hierfür ist eine Durchführungsverordnung durch das Europäische Parlament zu verabschieden.

Bereits im Jahr 2009 hat Eurostat Verflechtungsinformationen zu den 5 000 größten europäischen Unternehmensgruppen erworben. In einem ersten, noch freiwilligen Datenaustausch wurden diese durch die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten mit den nationalen Unternehmensregistern abgeglichen, korrigiert, vervollständigt und schließlich im EuroGroups-Register gespeichert. Im Frühjahr 2010 wird der zweite, dann verpflichtende Austauschzyklus beginnen, mit dem die Daten des ersten Zyklus aktualisiert werden. Dieser Datenbestand soll bis zum Jahr 2013 schrittweise ausgebaut werden, um dann alle in der EU tätigen multinationalen Unternehmensgruppen abbilden zu können.

Mehr Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 haben nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes die deutschen Amtsgerichte 32 687 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Damit lagen die Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009 erstmals seit 2003 wieder höher als im Vorjahr (+ 11,6 %).

Auch die Zahl der Insolvenzen von Verbrauchern und Personen, die früher einer selbständigen Tätigkeit nachgegangen sind, nahm gegenüber 2008 um je 3 % zu.

Weitere Daten und Informationen zum Thema „Insolvenzen“ sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de kostenlos abrufbar.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2811 oder unser [Kontaktformular](#).

Erstmals wieder mehr Baugenehmigungen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 hat es erstmals seit dem Jahr 2006 wieder einen Zuwachs an Baugenehmigungen für Wohnungen gegenüber dem Vorjahr gegeben. 2009 wurde in Deutschland der Bau von 178 000 Wohnungen genehmigt. Das waren 1,9 % oder 3 300 Wohnungen mehr als im Jahr 2008. Vor diesem erstmals wieder positiven Ergebnis hatte es deutliche Rückgänge im Jahr 2007 (– 26,2 %) und im Jahr 2008 (– 4,4 %) im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gegeben.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen können kostenfrei in der GENESIS-Online Datenbank über die Tabellen „Baugenehmigungen im Hochbau“ www-genesis.destatis.de und „Baugenehmigungen im Fertigbau, Neubau“ www-genesis.destatis.de abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4740 oder unser [Kontaktformular](#).

Preise, Außenhandel, Verdienste

Rückgang der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2009

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wies das Ausländerzentralregister (AZR) am Jahresende 2009 insgesamt rund 6,69 Millionen Personen in Deutschland nach, die ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Dabei waren Staatsbürger von 186 der insgesamt 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Deutschland vertreten.

Weitere Ergebnisse zur Ausländischen Bevölkerung sind abrufbar im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4365 oder unser [Kontaktformular](#).

Verbraucherpreise 2009 um 0,4 % gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber 2008 um 0,4 % gestiegen. Dies ist die niedrigste Jahresteuersatzrate im wiedervereinigten Deutschland. Eine ähnlich niedrige Teuerungsrate wurde 1999 mit + 0,6 % ermittelt.

Detaillierte Ergebnisse zu diesem Thema sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de kostenlos abrufbar.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4777 oder unser [Kontaktformular](#).

Tarifverdienste 2009 um 2,8 % gestiegen

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind im Jahresdurchschnitt 2009 um 2,8 % gegenüber 2008 gestiegen. Da einige Tarifabschlüsse eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit vorsahen, fiel der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne mit 2,7 % etwas geringer aus.

Der trotz der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 vergleichsweise hohe Anstieg der Tarifverdienste ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass einige der in Kraft getretenen Tarifierhöhungen bereits 2008 vereinbart wurden. Dazu zählen beispielsweise die Abschlüsse in der Chemischen Industrie, in der Entsorgungswirtschaft, im Papiergewerbe, im Metallgewerbe, im Versicherungsgewerbe sowie im Öffentlichen Dienst.

Die Ergebnisse umfassen sämtliche Branchen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Detaillierte Ergebnisse zu ausgesuchten Wirtschaftszweigen bieten die [Fachserie 16, Reihe 4.3](#), sowie die dazugehörige „Lange Reihe“ die im [Publikationsservice](#) kostenfrei heruntergeladen werden können (Suchwort „Tarifindex“ beziehungsweise „lange Reihe Tarif“). Absolute Angaben aus Tarifverträgen enthalten die [Reihen 4.1 und 4.2 der Fachserie 16](#), die ebenfalls kostenlos im Publikationsservice heruntergeladen werden können.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zum Vierteljährlichen Tarifindex können kostenfrei in der GENESIS-Online Datenbank über die Tabelle [Tarifverdienste und Arbeitszeiten \(62221-0002\)](#) abgerufen werden.

Ausführliche Informationen zur erfolgten Neubasierung des Tarifindex und den damit verbundenen Änderungen finden Sie im Internet unter www.destatis.de.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2407 oder unser [Kontaktformular](#).

Bevölkerung, Bildung, Staat, Steuern

Das neue steuerstatistische Gesamtsystem geht an den Start

Die Ergebnisse der Steuerstatistiken sind eine wichtige Informationsgrundlage für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Darüber hinaus dienen sie als Basis für finanzpolitische Aufgaben. Für finanzpolitische Entscheidungen und um die Auswirkungen geplanter Reformen beurteilen zu können, werden zeitnah zuverlässige Informationen bzw. Datengrundlagen benötigt. Der Bedarf an steuerstatistischen Daten hat sich sowohl qualitativ als auch quantitativ und besonders in zeitlicher Hinsicht erheblich verändert. Um den neuen Anforderungen zu entsprechen, war ein novelliertes Gesamtsystem der Steuerstatistiken erforderlich, das vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Fachressorts, den Statistischen Ämtern der Länder und den Statistiknutzern erarbeitet wurde.

Das neue steuerstatistische Gesamtsystem basiert auf dem Konzept der zentralen (Statistik-)Produktion und Datenhaltung, mit dem Synergiepotenziale zwischen den Steuerstatistiken erschlossen werden können. Die einzelnen Steuerstatistiken sind zwar auf das spezielle Steuerrecht zugeschnitten, jedoch gibt es zwischen ihnen Überschneidungen, wie etwa bei der Zuordnung von Wirtschaftszweig und Rechtsform zu einem Unternehmen. Im steuerstatistischen Gesamtsystem wurden weitere technische Neuerungen umgesetzt. Umsteigerdateien werden zum einen dazu genutzt, ältere Daten nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), auszuwerten. Zum anderen wird mit ihrer Hilfe der gesamte Datenbestand auf einem einheitlichen Gebietsstand fortgeschrieben. Darüber hinaus werden Aufbereitungsschritte automatisiert, um die zur Verfügung stehenden Ressourcen für die wichtige Aufgabe der Plausibilisierung der Daten nutzen zu können.

Die Umsatzsteuerstatistik 2006 auf Basis der Veranlagungen wird erstmals im neuen steuerstatistischen Gesamtsystem aufbereitet werden. Die Programmierung des entsprechenden Moduls ist abgeschlossen und erste Veröffentlichungen auf Grundlage dieser neuen Datenbasis werden in der zweiten Jahreshälfte 2010 zur Verfügung stehen. Veröffentlichungen für die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik (Berichtsjahr 2009) sind Ende 2010 und für die Statistik der Personengesellschaft-

ten/Gemeinschaften (Berichtsjahr 2008) 2012 zu erwarten. Ebenfalls im Jahr 2012 soll mit der Aufbereitung der Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Voranmeldungen im steuerstatistischen Gesamtsystem begonnen werden. Die anderen Steuerstatistiken werden sukzessive integriert.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4756 oder unser [Kontaktformular](#).

Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern

Der Osten Deutschlands wird bis zum Jahr 2060 in viel stärkerem Maße vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung betroffen sein als der Westen: In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) werden 2060 rund 37 % weniger Menschen als im Jahr 2008 leben und 36 % von ihnen werden 65 Jahre und älter sein. Besonders schnell wird diese Entwicklung in den kommenden zwei Jahrzehnten voranschreiten: Bereits um 2030 wird die Bevölkerungszahl in den neuen Ländern um 15 % niedriger sein als heute und jeder dritte Einwohner wird 65 Jahre oder älter sein. Dies zeigt eine der beiden Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern, die das Statistische Bundesamt (Destatis) vorgelegt hat. Die zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung liefert vergleichbare Ergebnisse für alle Bundesländer.

Die zweite Variante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Länder unterscheidet sich von der ersten nur durch die Annahme eines höheren Außenwanderungssaldos von 200 000 Personen jährlich ab 2020.

[Weitere ausführliche Erläuterungen und Ergebnisse](#) stehen kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.

Eine vergleichende Darstellung des Altersaufbaus der Länder in Form der Bevölkerungspyramiden kann direkt unter folgender Adresse abgerufen werden: www.destatis.de/laenderpyramiden/.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2708 oder unser [Kontaktformular](#).

Hochschulstandort Deutschland 2009

Von den Studierenden, die in den Jahren 1997 bis 1999 ihr Studium begannen, beendeten jeweils 68 % ihr Studium erfolgreich; ein knappes Drittel der Studienanfänger hat keinen Abschluss erreicht. Frauen wiesen mit 70 % eine höhere Erfolgsquote auf als ihre männlichen Kommilitonen mit knapp 67 %.

Der Frauenanteil in den höheren Stufen der akademischen Karriere in Deutschland hat sich deutlich erhöht: er stieg von 11 % der Professorenschaft an deutschen Hochschulen im Jahr 2000 auf 17 % im Jahr 2008. Dennoch gilt nach wie vor: je höher die Position auf der akademischen Karriereleiter, desto weniger Frauen arbeiten in diesem Bereich.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4140 oder unser [Kontaktformular](#).

Eisen und Stahl

Einstellung der Stahlstatistik

Mit den Ergebnissen für Dezember 2009 und das Jahr 2009 und deren Veröffentlichung in der [Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 8.1 „Eisen und Stahl“](#) (Fachserie kann direkt unter der Adresse kostenlos abgerufen werden), endet eine lange Statistiktradition: Die Erhebungen der Fachstatistik Eisen und Stahl werden eingestellt. Das Gesetz zur Neuordnung der Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige (Rohstoffstatistikgesetz – RohstoffStatG) war 2003 mit einer Befristung für die Erhebungen bis 2009 in Kraft getreten. Damit entfallen für die Betriebe und fachlichen Betriebsteile ab 2010 die Meldeverpflichtungen über die Produktion von Roheisen, Stahl und Ferro-Legierungen.

Die ursprünglich in der ehemaligen Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes erhobenen monatlichen Produktionsdaten zu Roheisen, Stahl und warmgewalzten Stahlerzeugnissen wurden seit Mai 1999 in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes aufbereitet. Als vorläufige Produktionszahlen wurden sie wenige Tage nach Ablauf des Berichtsmonats und somit sehr aktuell in Pressemitteilungen veröffentlicht. Gerade in den Monaten der konjunkturellen Abschwächung des Jahres 2009 gab es zahlreiche Interessenten an diesen frühen Produktionszahlen. Aus der Gegenüberstellung zu entsprechenden

Vorjahreszahlen ließ sich von den Datennutzern zeitnah eine Tendenz ablesen.

Weitere Erhebungsmerkmale waren der Verbrauch von Brennstoffen zur Erzeugung und zum Betrieb der Anlagen sowie der Entfall an Schrott und Gussbruch. Mit jährlicher Periodizität meldeten die Betriebe die Zahl der tätigen Personen und deren Geschlecht sowie die Veränderungen bei ihren Beschäftigten innerhalb des Jahres nach Zu- und Abgang.

Die Unternehmen des lagerhaltenden Stahlhandels wurden in diese Statistik, die schon im April 1950 beim damaligen Statistischen Amt der Vereinigten Wirtschaftsgebiete begonnen hat, erst im Jahr 1993 einbezogen und waren daher ein noch relativ junger Erhebungsbereich. Im Hinblick auf die bedarfsgerechte Versorgung der Verbraucher mit Walzstahlerzeugnissen hatte auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Daten dieses Bereichs eingefordert. Die Rechtsgrundlage für die Datenerhebung an die Europäische Gemeinschaft war der „Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ von 1951. Nun hat auch die Europäische Gemeinschaft auf eine Fortführung dieses speziellen Datenbereichs verzichtet.

Gesundheit, Soziales, Private Haushalte, Mikrozensus

Tagung „Pflege be(ob)achten - Einblicke anhand statistischer Daten“

Am 10. März 2010 fand in Münster die Tagung „Pflege be(ob)achten – Einblicke anhand statistischer Daten“ statt. Im Mittelpunkt dieser gemeinsam von der Fachhochschule Münster und dem Statistischen Bundesamt durchgeführten Veranstaltung standen folgende Themen:

Wie ist die Situation der Pflege in Deutschland? Wer versorgt die Pflegebedürftigen? Welche Qualität wird in der Pflege geleistet und welche Kosten entstehen?

Verschiedene bundesweit verfügbare Statistiken, die auf der Tagung vorgestellt wurden, können dabei helfen, diese Fragen zu beantworten und wichtige Entwicklungen wahrzunehmen. Im ersten Block der Veranstaltung wurden Daten aus dem Statistischen Bundesamt präsentiert:

Zunächst wurden die Entwicklungen am Pflegemarkt von 1999 bis 2007 anhand der Ergebnisse der Pflegestatistik dargestellt sowie über die „Gesundheitsausgaben in der ambulanten und stationären Pflege“ berichtet. Im Anschluss daran wurde das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (IS-GBE), vor allem die darin verfügbaren pflegerelevanten Informationen vorgestellt.

Neben den Daten der amtlichen Statistik gibt es weitere Informationsquellen, die regelmäßig über die Situation der Pflege in Deutschland berichten. Diese wurden im zweiten Block der Tagung vorgestellt. Das Spektrum reichte hier von der Bewertung der Lebenssituation Hilfe- und Pflegebedürftiger bis zu Ergebnissen der Qualitätsprüfungen in Pflegeheimen und -diensten.

Der letzte Tagungsblock stand unter dem Motto „Ein Blick über die Grenzen“. Zwei ausländische Kollegen, die sich in ihren Ländern jeweils mit dem Problem der minimalen Datensätze über die Pflege auseinandersetzen, berichteten über die Situation in der Schweiz und in Belgien.

Am 11. März 2010 bestand – ebenfalls in Münster – die Möglichkeit, an einer kostenlosen Vorlesung mit praktischen Übungen zum Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (IS-GBE) teilzunehmen.

Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich

Die Armutsgefährdung der Menschen in Deutschland ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich: Im Jahr 2008 war fast jede vierte Person (24,0 %) in Mecklenburg-Vorpommern und mehr als jede fünfte (22,2 %) in Bremen armutsgefährdet. In den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg (10,2 %) und Bayern (10,8 %) hatte dagegen nur ungefähr jeder zehnte Mensch ein erhöhtes Armutsrisiko. Bundesweit waren nach diesen Berechnungen im Jahr 2008 14,4 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Die Ergebnisse gehen aus Berechnungen des Mikrozensus für das Jahr 2008 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ durchgeführt wurden.

Diese und weitere umfangreiche Daten zu Armuts- und Sozialindikatoren sowie detaillierte methodische Erläuterungen zu den Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren stehen im Internetangebot der Statis-

tischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de. Dieses Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8705 oder unser [Kontaktformular](#).

Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung

Knapp 47 % der Kinder unter sechs Jahren mit Migrationshintergrund besuchten am 1. März 2009 eine Kindertageseinrichtung oder wurden durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut. Kinder mit Migrationshintergrund haben damit seltener ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen als Kinder ohne Migrationshintergrund (61 %).

Der gesamte Beitrag zum Thema „Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung“ sowie weitere methodische Hinweise zur Berechnung der Betreuungsquoten findet sich im Heft „Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 2/2010“. Der Aufsatz ist im Publikationsservice (www.destatis.de) des Statistischen Bundesamtes (Suchbegriff: Wirtschaft und Statistik) abrufbar.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8167 oder unser [Kontaktformular](#).

Jeder vierte Jugendliche lebt in einer alternativen Familienform

Immer mehr Jugendliche in Deutschland wachsen in alternativen Familienformen auf. Im Gegensatz zu Ehepaaren mit Kindern werden hierunter Lebensgemeinschaften mit Kindern sowie allein erziehende Mütter oder Väter mit ihren Kindern gezählt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lebten im Jahr 2008 rund 842 000 (25 %) der insgesamt 3,4 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren bei Alleinerziehenden oder Lebensgemeinschaften. Nach wie vor wachsen Jugendliche jedoch am häufigsten in traditionellen Familienformen auf: 2008 zogen Ehepaare immer noch 75 % (2,6 Millionen) der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren groß. Dies zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zum Mikrozensus können kostenfrei in der GENESIS-Online Daten-

bank über die Tabellen [Familien, Paare, Alleinerziehende \(12211-0601\)](#) und [Ledige Kinder in Familien \(12211-0605\)](#) abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8695 oder unser [Kontaktformular](#).

Organisatorische Änderung im Statistischen Bundesamt

Neuanbindung der Bibliothek:

Mit Wirkung vom 1. April 2010 trat in der Abteilung I „Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik, Informationsverbreitung“ folgende organisatorische Änderung in Kraft:

Die Bibliothek, bisher angebunden an die Gruppe ID „Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek“, wird in die Gruppe IC „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ verlagert.

Die Bezeichnungen der Gruppen ändern sich dadurch wie folgt: Gruppe ID: Änderung der Bezeichnung von „Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek“ in „Presse, Zentrale Informationsdienste“; Gruppe IC: Änderung der Bezeichnung von „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ in „Veröffentlichungen, Online-Dienste, Bibliothek“.

Die organisatorische Änderung wird im Organisationsplan berücksichtigt.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Ministerialrat Peter M ä n z - W e l t e n vertritt als Nachfolger von Ministerialrat Herbert H e r r i t s c h den Bundesrechnungshof im Statistischen Beirat.

Ursula D z i a m b o r vertritt als Nachfolgerin von Dr. Manfred K n i e p s den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. als ständiges Gastmitglied im Statistischen Beirat.

Dr. rer. oec. Kai v a n d e L o o Vertritt als Nachfolger von Dr. rer. oec. Reinhard R o h d e die Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. als ständiges Gastmitglied im Statistischen Beirat.

Statistisches Bundesamt

Regierungsrätin Jutta H o e v e r, Referatsleiterin in der Gruppe IIC „IT-Entwicklung“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Oberregierungsrat Andreas K u h n, Gruppe IIIC „Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung“, wurden die Aufgaben eines Referatsleiters übertragen.

Regierungsrätin Kristina W a l t e r, Referatsleiterin in der Gruppe VC „Verkehr“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsrätin Patrizia M ö d i n g e r, Referatsleiterin in der Gruppe VIC „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“ wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsrätin Jasmin S i n g e r wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VIIA „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ beauftragt.

Regierungsdirektor Wilhelm B ü h r e r, Referatsleiter in der Gruppe IVB „Konjunktur der Industrie, Produktion“, wurde mit Ablauf des Monats März 2010 in den Ruhestand versetzt.

Oberregierungsrat Gustav G r i l l m a i e r, Referatsleiter in der Gruppe IVD „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, wurde mit Ablauf des Monats Januar 2010 in den Ruhestand versetzt.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum Januar bis März 2010*		
13./14. Januar 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
2./3. März 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
2./3. März 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
3./4. März 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
15./16. März 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
16./17. März 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
16.- 18. März 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
18. März 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Handelsstatistik“
23./24. März 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
23./24. März 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
24./25. März 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
25. März 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Klassifikationen“

Tagungen im Zeitraum April bis September 2010*

14./15. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
14./15. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
19./20. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
19.- 21. April 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
20./21. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
20./21. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
21./22. April 2010	Erfurt	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
27./28. April 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
28./29. April 2010	Hannover	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
3./4. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
4./5. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
6./7. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
10.- 12. Mai 2010	Stuttgart	Amtsleitertagung
18. Mai 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
18.- 20. Mai 2010	Berlin	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
1./2. Juni 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
15. Juni 2010	Wiesbaden	Statistischer Beirat
15./16. Juni 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
16./17. Juni 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
22./23. Juni 2010	Erfurt	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29./30. Juni 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Regionalstatistik“
Juni 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Wahlstatistik“
30. Juni/1. Juli 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
6./7. Juli 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
14.- 17. September 2010	Nürnberg	Statistische Woche

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
21./22. September 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
21.- 23. September 2010	Schwerin	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
September 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“

**Übersicht über im Jahre 2009
verkündete statistische Rechtsgrundlagen**

**Sach- und Personenregister
zum Jahrgang 2009
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

**Übersicht
über die im Jahre 2009 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

**GRUNDSATZFRAGEN DER BUNDES-
UND INTERNATIONALEN STATISTIK**

Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentslastungsgesetz) vom 17. März 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes	24.03.2009	BGBl. I S. 550	25.03.2009
Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften	31.3.2009	ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164	01.04.2009
Entscheidung der Kommission vom 25. Mai 2009 zur Änderung der Entscheidung 2004/452/EG zur Aufstellung einer Liste von Einrichtungen, deren Mitarbeiter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können (2009/411/EG)		ABl. L 132 vom 29.5.2009, S. 16	
Empfehlung der Kommission vom 23. Juni 2009 an das Europäische Statistische System zu Referenz-Metadaten		ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 50	

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN,
ARBEITSMARKT**

III B Verordnung (EG) Nr. 290/2009 der Europäischen Zentralbank vom 31. März 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 63/2002 (EZB/2001/18) über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften		ABl. L 94 vom 8.4.2009, S. 75	28.04.2009
III B Verordnung (EG) Nr. 400/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf die der Kommission übertragenen Durchführungsbegebnisse		ABl. L 126 vom 21.5.2009, S. 11	10.06.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
III B	Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit		ABI. L 145 vom 10.6.2009, S. 1	30.06.2009
III B	Verordnung (EG) Nr. 707/2009 der Kommission vom 5. August 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen im Hinblick auf die Aktualisierung der Datenanforderungen		ABI. L 204 vom 6.8.2009, S. 3	26.08.2009
III B	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 290/2009 der Europäischen Zentralbank vom 31. März 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 63/2002 (EZB/2001/18) über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften		ABI. L 273 vom 17.10.2009, S. 19	
III D	Verordnung (EG) Nr. 19/2009 der Kommission vom 13. Januar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Definition des Begriffs der offenen Stelle, die Messzeitpunkte für die Datenerhebung, die Spezifikationen für die Datenübermittlung und die Durchführbarkeitsstudien		ABI. L 9 vom 14.1.2009, S. 3	03.02.2009
UNTERNEHMENSREGISTER, INDUSTRIE, BINNENHANDEL				
IV A	Verordnung (EG) Nr. 97/2009 der Kommission vom 2. Februar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik im Hinblick auf die Verwendung des flexiblen Moduls		ABI. L 33 vom 3.2.2009, S. 6	
IV A	Verordnung (EG) Nr. 192/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) N. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke im Hinblick auf den Austausch vertraulicher Daten zwischen der Kommission (Eurostat) und den Mitgliedstaaten		ABI. L 67 vom 12.3.2009, S. 14	01.04.2009
IV A	Entscheidung der Kommission vom 11. März 2009 betreffend Ausnahmen von einigen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke (2009/252/EG)		ABI. L 75 vom 21.3.2009, S. 11	
IV A	Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 17. März 2009 <u>Artikel 9 Nr. 2</u> Änderung der Gewerbeordnung	24.03.2009	BGBI. I S. 550	25.03.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
IV A	Verordnung (EG) Nr. 250/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Definitionen der Merkmale, das technische Format für die Datenübermittlung, die erforderlichen Doppelmeldungen gemäß NACE Rev. 1.1 und NACE Rev. 2 und die zuzulassenden Abweichungen bei der strukturellen Unternehmensstatistik	31.03.2009	ABI. L 86 vom 31.03.2009, S. 1	20.04.2009
IV A	Verordnung (EG) Nr. 251/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die zu erstellenden Datenreihen für die strukturelle Unternehmensstatistik bzw. die nach der Überarbeitung der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) erforderlichen Anpassungen	31.03.2009	ABI. L 86 vom 31.03.2009, S. 170	20.04.2009
IV A	Verordnung (EG) Nr. 329/2009 der Kommission vom 22. April 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken im Hinblick auf die Aktualisierung der Liste der Variablen, die Häufigkeit der Erstellung der Statistiken und die Untergliederungs- und Aggregationsebenen der Variablen		ABI. L 103 vom 23.4.2009, S. 3	13.05.2009
IV A	Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 3.3. des Anhangs</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98		ABI. L 188 vom 18.7.2009, S. 14	07.08.2009
IV A	Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerberecht und in weiteren Rechtsvorschriften vom 17. Juli 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung der Gewerbeordnung	24.07.2009	BGBI. I S. 2091	01.09.2009
IV A	Verordnung (EG) Nr. 834/2009 der Kommission vom 11. September 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten im Hinblick auf die Qualitätsberichte		ABI. L 241 vom 12.9.2009, S. 3	02.10.2009
IV A	Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) (2009/824/EG)		ABI. L 292 vom 10.11.2009, S. 31	
IV B	Verordnung (EG) Nr. 36/2009 der Kommission vom 11. Juli 2008 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der Industrieprodukte für 2008 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates		ABI. L 18 vom 22.1.2009, S. 1	11.02.2009, gültig ab 01.01.2008
IV B	Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 17. März 2009 <u>Artikel 4</u> Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe	24.03.2009	BGBI. I S. 550	01.01.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

IV B Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle nach Nr. 4.1. des Anhangs: Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91

ABI. L 87
vom
31.3.2009,
S. 109

20.04.2009

IV C Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentslastungsgesetz) vom 17. März 2009
Artikel 2 Änderung des Handwerkstatistikgesetzes
Artikel 5 Änderung des Energiestatistikgesetzes
Artikel 18 Abs. 1 Aufhebung der Verordnung zur Verlängerung der Periodizität der Zählung im Handwerk

24.03.2009

BGBl. I
S. 550

25.03.2009
01.01.2009
25.03.2009

IV C Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik

ABI. L 41
vom
12.2.2009,
S. 34

PREISE, AUSSENHANDEL, VERKEHR, VERDIENSTE

V A Verordnung (EG) Nr. 330/2009 der Kommission vom 22. April 2009 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung saisonaler Erzeugnisse im Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)

ABI. L 103
vom
23.4.2009,
S. 6

13.05.2009

V A Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle nach Nr. 3.1. des Anhangs Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95

ABI. L 188
vom
18.7.2009,
S. 14

07.08.2009

V B Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur (KN)

ABI. C 29
vom
5.2.2009,
S. 5

V B Verordnung (EG) Nr. 179/2009 des Rates vom 5. März 2009 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif

ABI. L 63
vom
7.3.2009,
S. 1

07.03.2009,
gültig mit Wirkung
vom 01.01.2009

V B Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur (KN)

ABI. C 54
vom
7.3.2009,
S. 5

V B Verordnung (EG) Nr. 222/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 über die Gemeinschaftsstatistik des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten

ABI. L 87
vom
31.3.2009,
S. 160

20.04.2009,
gültig ab 01.01.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V B	Verordnung (EG) Nr. 312/2009 der Kommission vom 16. April 2009 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften		ABI. L 98 vom 17.4.2009, S. 3	24.04.2009, gültig ab 01.07.2009
V B	Verordnung (EG) Nr. 332/2009 der Kommission vom 23. April 2009 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 104 vom 24.4.2009, S. 3	14.05.2009
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 105 vom 7.5.2009, S. 1	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 112 vom 16.5.2009, S. 5	
V B	Verordnung (EG) Nr. 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates		ABI. L 152 vom 16.6.2009, S. 23	06.07.2009, anwendbar ab 01.01.2010
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 148 vom 30.6.2009, S. 9	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 157 vom 10.7.2009, S. 2	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		AB. C 181 Vom 4.8.2009, S. 3	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 181 vom 4.8.2009, S. 4	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABI. C 185 vom 7.8.2009, S. 1	
V B	Verordnung (EG) Nr. 880/2009 des Rates vom 7. September 2009 über die Durchführung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union und zur Änderung und Ergänzung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 254 vom 26.9.2009, S. 1	27.09.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V B	Verordnung (EG) Nr. 948/2009 der Kommission vom 30. September 2009 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		AB. L 287 vom 31.10.2009, S. 1	01.01.2010
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABl. C 268 vom 10.11.2009, S. 19	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABl. C 272 vom 13.11.2009, S. 8	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABl. C 281 vom 21.11.2009, S. 7	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABl. C 302 vom 12.12.2009, S. 2	
V B	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur		ABl. C 322 vom 30.12.2009, S. 11	
V C	Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 4.4. des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 91/2003 <u>nach Nr. 4.5. des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003		ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109	20.04.2009
V C	Verordnung (EG) Nr. 399/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs betreffend die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse		ABl. L 126 vom 21.5.2009, S. 9	10.06.2009
V C	Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (Neufassung)		ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 29	26.06.2009
V D	Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Verdienststatistikgesetz (Verdienststatistikverordnung 2009 – VerdStatV 2009) vom 7. Januar 2009	15.01.2009	BGBI. I S. 26	01.01.2009, Außer-Kraft-Tretung 30.06.2010

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V D	Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 3.4. des Anhangs</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 <u>nach Nr. 3.5. des Anhangs</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003		ABI. L 188 vom 18.7.2009, S. 14	07.08.2009
V D	Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1738/2005, (EG) Nr. 698/2006 und (EG) Nr. 377/2008 in Bezug auf die Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO) <u>Artikel 1</u> Änderung der Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1738/2005		ABI. L 283 vom 30.10.2009, S. 3	19.11.2009, Artikel 1 gültig ab 01.01.2010
V D	Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) (2009/824/EG)		ABL. L 292 vom 10.11.2009, S. 31	

BEVÖLKERUNG, BILDUNG, STAAT

VI/ Zen- sus	Gesetz zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung von Statistikgesetzen vom 8. Juli 2009 <u>Artikel 1</u> Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) <u>Artikel 2</u> Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 <u>Artikel 3</u> Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes 2011	15.07.2009	BGBl. I S. 1781	16.07.2009
VI A	Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vom 16. Juli 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung des Bundeszentralregistergesetzes	21.07.2009	BGBl. I S. 1952	01.05.2010
VI/ Zen- sus	Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen		ABI. L 329 vom 15.12.2009, S. 29	04.01.2010
VI B	Zweites Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes vom 18. Juni 2009	22.06.2009	BGBl. I S. 1314	01.07.2009
VI B	Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juni 2009, § 27 Statistik	22.06.2009	BGBl. I S. 1322	
VI B	Verordnung (EG) Nr. 540/2009 der Kommission vom 22. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1450/2004 über die Erstellung und Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken über Innovation		ABI. L 160 vom 23.6.2009, S. 8	13.07.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VI B	Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 3.6. des Anhangs</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005		ABI. L 188 vom 18.7.2009, S. 14	07.08.2009
VI C	Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DneuG) <u>Artikel 15 Abs. 79</u> Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	11.02.2009	BGBI. I S. 160	01.07.2009
VI C	Gesetz zur Modernisierung des Haushaltsgrundsatzgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (Haushaltsgrundsatzmodernisierungsgesetz – HgrGMoG) vom 31. Juli 2009 <u>Artikel 2</u> Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	06.08.2009	BGBI. I S. 2580	01.01.2010
VI D	Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009	20.03.2009	BGBI. I S. 502	
VI D	Viertes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen vom 15. Juli 2009 <u>Artikel 1</u> Tabaksteuergesetz (TabStG), § 34 <u>Artikel 2</u> Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol, § 127 <u>Artikel 3</u> Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuergesetz (SchaumwZwStG), § 27 <u>Artikel 4</u> Biersteuergesetz (BierStG), § 27	21.07.2009	BGBI. I S. 1870	01.04.2010

DIENSTLEISTUNGEN, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT

VII A	Verordnung (EG) Nr. 72/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 zur Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 320/2006, (EG) Nr. 1405/2006, (EG) Nr. 1234/2007, (EG) Nr. 3/2008 und (EG) Nr. 479/2008 und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1883/78, (EWG) Nr. 1254/89, (EWG) Nr. 2247/89, (EWG) Nr. 2055/93, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 2569/97, (EG) Nr. 1182/2005 und (EG) Nr. 315/2007		ABI. L 30 vom 31.1.2009, S. 1	01.02.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 114/2009 der Kommission vom 6. Februar 2009 mit Übergangsmaßnahmen für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 479/2008 hinsichtlich der Bezugnahmen auf Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung und Weine mit geschützter geografischer Angabe		ABI. L 38 vom 7.2.2009, S. 26	08.02.2009, gültig mit Wirkung vom 1. August 2008
VII A	Zweites Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes vom 6. März 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung des Agrarstatistikgesetzes <u>Artikel 2</u> Weitere Änderungen des Agrarstatistikgesetzes <u>Artikel 4</u> Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung	11.03.2009	BGBI. I S. 438	Artikel 1 12.03.2009, Artikel 2 01.01.2010 Artikel 4 12.03.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 216/2009 des Europäischen Parlaments vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (Neufassung)		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 1	20.04.2009

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII A	Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (Neufassung)		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 42	20.04.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (Neufassung)		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 70	20.04.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 4.2. des Anhangs: Änderung der Richtlinie 96/16/EG nach Nr. 4.3. des Anhangs: Änderung der Richtlinie 2001/109/EG</u>		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 109	20.04.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 436/2009 der Kommission vom 26. Mai 2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates hinsichtlich der Weinbaukartei, der obligatorischen Meldungen und der Sammlung von Informationen zur Überwachung des Marktes, der Begleitdokumente für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen und der Ein- und Ausgangsbücher im Weinsektor		ABI. L 128 vom 27.5.2009, S. 15	
VII A	Verordnung (EG) Nr. 543/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Statistik der pflanzlichen Erzeugung und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr.837/90 und (EWG) Nr. 959/93 des Rates		ABI. L 167 vom 29.6.2009	19.07.2009, gültig ab 01.01.2010, Artikel 10 gilt ab 19.07.2009
VII A	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch – LFGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2009 <u>§ 66 Statistik</u>	30.07.2009	BGBI. I S. 2205	
VII A	Fünftes Gesetz zur Änderung des Weingesetzes vom 29. Juli 2009	03.08.2009	BGBI. I S. 2416	04.08.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 710/2009 der Kommission vom 5. August 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates im Hinblick auf Durchführungs- vorschriften für die Produktion von Tieren und Meeresalgen in ökologischer/biologischer Aquakultur		ABI. L 204 vom 6.8.2009, S. 15	09.08.2009, gültig ab 01.07.2010
VII A	Verordnung (EG) Nr. 867/2009 der Kommission vom 21. September 2009 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe		ABI. L 248 vom 22.9.2009, S. 17	22.09.2009, gültig ab dem Buch- führungs- jahr 2010 für das Informati- onsnetz landwirt- schaftlicher Buch- führungen und ab der Erhebung 2010 für die Betriebs- strukturerhebung

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII A	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates		ABI. L 308 vom 24.11.2009, S. 27	
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1140/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO)		ABI. L 312 vom 27.11.2009, S. 4	30.11.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden		ABI. L 324 vom 10.12.2009, S. 1	30.12.2009
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden im Hinblick auf die Koeffizienten für Großvieheinheiten und die Definitionen der Merkmale		ABI. L 329 vom 15.12.2009, S. 1	04.10.2010
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 847/96, (EG) Nr. 2371/2002, (EG) Nr. 811/2004, (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 2115/2005, (EG) Nr. 2166/2005, (EG) Nr. 388/2006, (EG) Nr. 509/2007, (EG) Nr. 676/2007, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 1300/2008, (EG) Nr. 1342/2008 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93, (EG) Nr. 1627/94 und (EG) Nr. 1966/2006		ABI. L 343 vom 22.12.2009, S. 1	23.12.2009, gültig ab 1. Januar 2010 Jedoch gelten Artikel 33 Absätze 6 und 9, die Artikel 37, 43, 58, 60, 61, 63, 67, 68, 73, 78 und 84, Artikel 90 Absätze 2, 3 und 4, Artikel 93 und 117 und Artikel 121 Absätze 2 bis 11 ab dem 1. Januar 2011. Die Artikel 6, 7, 14, 21 und 23 gelten ab dem Tag des Inkraft- tretens ihrer Durchführungs- vorschriften. Artikel 92 gilt sechs Monate nach dem Tag des In- krafttretens seiner Durchführungs- vorschriften.
VII A	Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009	23.12.2009	BGBl. I S. 3886	

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII B	Verordnung (EG) Nr. 221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 zur Abfallstatistik betreffend die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 157	20.04.2009
VII B	Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentslastungsgesetz) vom 17. März 2009 <u>Artikel 3</u> Änderung des Umweltstatistikgesetzes	24.03.2009	BGBI. I S. 550	01.01.2009
VII B	Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt – RGU) vom 11. August 2009 <u>Artikel 7</u> Änderung des Umweltstatistikgesetzes	17.08.2009	BGBI. I S. 2723	01.03.2010
VII C	Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 4.6. des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 48/2004		ABI. L 87 vom 31.3.2009, S. 109	20.04.2009
VII C	Verordnung (EG) Nr. 1023/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft		ABI. L 283 vom 30.10.2009, S. 5	19.11.2009
VII C	Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft		ABI. L 286 vom 31.10.2009, S. 31	20.11.2009

GESUNDHEIT, SOZIALES, PRIVATE HAUSHALTE

VIII A	Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz – KHRG) vom 17. März 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes <u>Artikel 2</u> Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes <u>Artikel 4b</u> Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung	24.03.2009	BGBI. I S. 534	25.03.2009
VIII A	Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 17. Juli 2009 <u>Artikel 18</u> Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes	22.07.2009	BGBI. I S. 1990	mit Wirkung vom 25.03.2009
VIII B	Erstes Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 17. Januar 2009	23.01.2009	BGBI. I S. 61	24.01.2009
VIII B	Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG) <u>Artikel 15 Abs. 94</u> Änderung des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld und Elternzeitgesetz – BEEG)	11.02.2009	BGBI. I S. 160	12.02.2009
VIII B	Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahrensgesetz) vom 28. März 2009 <u>Artikel 10</u> Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	01.04.2009	BGBI. I S. 634	02.04.2009

Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
	am	im	
VIII C Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle <u>nach Nr. 3.2. des Anhangs</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 577/98	ABI. L 188 vom 18.7.2009, S. 14		07.08.2009
VIII C Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1738/2005, (EG) Nr. 698/2006 und (EG) Nr. 377/2008 in Bezug auf die Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO) <u>Artikel 2</u> Änderung des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 377/2008 <u>Artikel 3</u> Änderung des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 377/2008	ABI. L 283 vom 30.10.2009, S. 3		19.11.2009, Artikel 2 gültig ab 01.01.2010, Artikel 3 gültig ab 01.01.2011
VIII D Verordnung (EG) Nr. 20/2009 der Kommission vom 13. Januar 2009 zur Annahme der Spezifikationen des Ad-hoc-Moduls 2010 „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ nach der Verordnung (EG) Nr. 577/98	ABI. L 9 vom 14.01.2009, S. 7		21.01.2009
VIII D Verordnung (EG) Nr. 646/2009 der Kommission vom 23. Juli 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der sekundären Zielvariablen 2010 zur Verteilung der Ressourcen innerhalb des Haushalts	ABI. L 192 vom 24.7.2009, S. 3		13.08.2009
VIII D Verordnung (EG) Nr. 1023/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft	ABI. L 283 vom 30.10.2009, S. 5		19.11.2009
VIII D Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft	ABI. L 286 vom 31.10.2009, S. 31		20.11.2009

DATENSCHUTZ

Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG) <u>Artikel 15 Abs. 53</u> Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes	11.02.2009	BGBI. I S. 160	12.02.2009
Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes vom 29. Juli 2009	31.07.2009	BGBI. I S. 2254	01.04.2010
Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht vom 29. Juli 2009 <u>Artikel 5</u> Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes	03.08.2009	BGBI. I S. 2355	11.06.2010
Gesetz zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften vom 14. August 2009 <u>Artikel 1</u> Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes	19.08.2009	BGBI. I S. 2814	teils an 01.09.2009, teils am 01.04.2010

Sachregister Jahrgang 2009 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

	<u>Nr.</u>		<u>Nr.</u>
ALLGEMEINE BEITRÄGE			
Tagungen		Onlinerecherche von Gesundheitsdaten jetzt noch übersichtlicher und komfortabler	3
<u>Statistisches Bundesamt</u>		GENESIS-Online: „Magische Grenze“ 100 Millionen Daten überschritten	3
Statistischer Beirat	2	Global informiert: Neues Portal zur internationalen Statistik	4
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	4	Der Dienstleistungssektor in Deutschland 2003 bis 2008	4
<u>Internationale Organisationen</u>		Studium im Ausland	4
Weichenstellung für das Europäische Statistische System	1	Energie auf einen Blick	4
EU-Statistik auf neuer Basis	1	Informationsgesellschaft in Deutschland, Ausgabe 2009	4
Konstituierende Sitzung des Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance	1	Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen seit 1945	4
Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen	1	Deutschland – Land und Leute	4
Ausschuss für das Statistische Programm (ASP)	1		
Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS)	2	<u>Besuche beim Statistischen Bundesamt</u>	
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	2	Besuch des Bundesministeriums im Statistischen Bundesamt	1
Sitzung des OECD-Statistikausschusses	2	Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	3
Zweite und dritte Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System, DGINS-Konferenz	4	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. besucht das Statistische Bundesamt .	3
		Vertreter des Verbands der deutschen Versicherungswirtschaft besuchten das Statistische Bundesamt	3
<u>Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen</u>		Besuch aus Aserbaidschan	3
GENESIS-Online: Nutzungsstatistik mit neuem Rekord	1	Besuch aus Laos	3
STATmagazin – die nicht alltägliche Online-Publikation	1	Besuch aus Kirgisistan	3
Gemeinschaftsveröffentlichung „Demografischer Wandel in Deutschland“	1	Besuch aus Kirgisistan und Tadschikistan	4
Regio-Stat-Katalog 2009 erschienen	1	Besuch einer Delegation der „Agency for Statistics of Bosnia and Herzegovina“	4
Jahresbericht 2008 erschienen	2	Besuch des Russischen Statistikdienstes	4
60 Jahre Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“	2		
Nutzung des Internetauftritts des Statistischen Bundesamtes	2	Sonstiges	
Neuer Regionalatlas online	2	Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	1
Neue Publikation: „Jugend und Familie in Europa“ erschienen	2	Tschechische Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik	1
Statistisches Jahrbuch 2009 erschienen	3	Erfolgreicher Abschluss des Twinning-Projekts mit Kroatien	1
Warenkorb zum Anfassen – das Preis-Kaleidoskop	3	Unser neues Haus – Moderne Zeiten in historischen Räumen	2
Mehr als eine Million Zugriffe auf das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes	3	10 Jahre Zweigstelle Bonn	3
		10 Jahre i-Punkt Berlin	3
		Jahreswechsel 2009/2010	4
		Deutsch-Chinesische Kooperation	4

Beilage

Tagungskalender	1, 2, 3, 4
Übersicht über im Jahre 2009 verkündete statistische Rechtsgrundlagen	1
Sachregister für den Jahrgang 2009 der Informationen aus der amtlichen Statistik	1
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	1, 2, 3, 4

WAHLEN**Sonstiges**

62,2 Mill. Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 2009	1
Serviceangebot für Deutsche im Ausland zur Bundestagswahl 2009	1

VEWALTUNG, STANDARDKOSTEN-MODELL**Sonstiges**

Startschuss zu Pilotprojekten – Statistisches Bundesamt ermittelt Bürokratielasten in Kommunen	1
Chinesische Rechtsexpertinnen und Rechtsexperten besuchten das Statistische Bundesamt	2
Bürokratiekostenmessung – Datenbank mit Ergebnissen geht online	2
Einheitliches Prozessmodell für die amtliche Statistik	3
Bürokratie abbauen – Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“	3

GRUNDSATZFRAGEN DER BUNDES- UND INTERNATIONALEN STATISTIK, INFORMATIONSVERBREITUNG,**Tagungen**Statistisches Bundesamt

8. Wissenschaftliche Tagung „Nicht-Reaktive Erhebungsverfahren“	2
18. Wissenschaftliches Kolloquium: „Informationsvisualisierung – Grafische Aufbereitung und Analyse von statistischen Daten“	4
Gerhard-Fürst-Preis 2009	4

Sonstige Tagungen im Inland

Workshop „Regionale Preisindizes“ im Museum Wiesbaden	3
---	---

Sonstige Tagungen im Ausland

Konferenz „New Techniques and Technologies for Statistics“ in Brüssel	1
---	---

Sonstiges

Ringvorlesung des Statistischen Bundesamtes an der Ludwig-Maximilians-Universität München	1
Statistisches Bundesamt bei Behördennummer D115 mit am Start	1
Das Statistische Bundesamt auf den Fachmessen Didacta und CeBIT 2009	1
Länderprofil Argentinien 2009	1
Umorganisation bei Eurostat	2
Public-Use-Files von Volkszählungen und Mikrozensen	2
Anonymisierte Mikrodaten der gesetzlichen Krankenversicherung verfügbar	2
Besuch aus Australien im Forschungsdatenzentrum	2
Erste Maßnahmen im Deutsch-Chinesischen Projekt „Internet-Datenverbreitung und statistischer Informationsdienst“ abgeschlossen	2
Länderprofil Republik Korea (Südkorea) 2009	2
60 Jahre deutsche Verfassung – Bürgerfest in Berlin	2
Tag der offenen Tür bei der Bundesregierung	3
Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus besucht i-Punkt Berlin	3
Die schwedische Ratspräsidentschaft hat im Juli 2009 begonnen	3
Seminar für Leiter der regionalen Statistikämter Russland	3
Länderprofil Russische Föderation 2009	3
Bald 7 Mrd. Menschen auf der Erde	3
Anonymisierte Mikrodaten der Verdienststrukturerhebung als Scientific-Use-File verfügbar	3
3. OECD Welt Forum „Statistics, Knowledge and Policy“	4
Sitzung der Arbeitsgruppe „Regionale Indikatoren“	4
Das Statistische Bundesamt auf der Consozial in Nürnberg	4

GESAMTRECHNUNGEN, ARBEITSMARKT

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	2, 4
Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“	4
Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ ..	4

Sonstiges

Bruttoinlandsprodukt 2008 für Deutschland	1
18. Internationale Konferenz der Arbeitsmarktstatistiker	1
Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich	1
Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“	3
Gebrauchsvermögen in Privaten Haushalten	3
Einkommenssituation Erwerbstätiger in unterschiedlichen Erwerbsformen vorgestellt	3
Anteil der „Umweltsteuern“ am Steueraufkommen sinkt	3
„London Group“ – Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen	4
Verkehrsverhalten von Pendlern	4

UNTERNEHMENSREGISTER, INDUSTRIE, BINNENHANDEL

Rechtsgrundlagen

Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse	1
---	---

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Tourismusstatistiken“	1
--	---

Sonstiges

Umstellung der Klassifikationen in den Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes	1
Verflechtung deutscher Unternehmen mit dem Ausland	1
Handwerk im Jahr 2008	2
Erste Bilanz nach Einführung der Umweltprämie ..	3
Erste Ad-hoc-Erhebung für das flexible Modul der Strukturverordnung wird vorbereitet	4

PREISE, AUßENHANDEL, VERKEHR, VERDIENSTE

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Handelsstatistik“	4
--	---

Sonstiges

Verdienste in Deutschland und Arbeitskosten im EU-Vergleich	2
Deutsch-Chinesisches Projekt „Verdienste und Arbeitskosten“	2
Zweite Informationsveranstaltung im Auswärtigen Amt zum deutschen und internationalen Außenhandel	3
Verbraucherpreise für Deutschland	3
Weiterer Anstieg der im EU-Handel tätigen Unternehmen	3
Unfallbilanz 2008	3
Exportdaten werden nur noch elektronisch im IT-Verfahren ATLAS übermittelt	4
2008: Verdienstunterschied von Männern und Frauen weiter bei 23 %	4

BEVÖLKERUNG, BILDUNG, STAAT

Tagungen

Tagungen im Inland

Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistiken“ ..	4
Ausschuss „Hochschulstatistik“	4

Sonstiges

Neue Wege zum Studium	2
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich	3
Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“	3
Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland	3
Lebenserwartung in Deutschland steigt weiter an	3
BAföG-Empfänger 2008	3
Gewerbesteuerhebesätze 2008	3
12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung	4

DIENSTLEISTUNGEN, LANDWIRTSCHAFT**Tagungen**Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“	1
Fachausschuss „Agrarstatistiken“	3

Sonstiges

Neue Statistiken über Trinkwasser- und Abwasserpreise	1
Landwirtschaft in Deutschland und der Europäischen Union 2009: Neues Heft erschienen	2
Landwirtschaft in Deutschland und der Europäischen Union 2009	3

**GESUNDHEIT, SOZIALES,
PRIVATE HAUSHALTE****Sonstiges**

Zuhause in Deutschland – Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte	1
Vorankündigung der 6. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus“	1
Mikrozensus-Zusatzerhebung „Angaben zur Krankenversicherung“	1
Publikation „Gesundheit und Krankheit im Alter“ erschienen	2
Gesundheit zählt – ein Jahrzehnt Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes	2
Kindertagesbetreuung regional 2008	2
Umstellung der Elterngeldstatistik	2
Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich	2
6. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum sozialen Wandel“	4
Krankenhauskosten 2008 um 5 % auf 72,6 Milliarden Euro gestiegen	4
2009: Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung	4
Zahl der Grundsicherungsempfänger steigt weiter	4
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2008	4

Abkürzungen

ADM	= Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.
AES	= Automated Export System
AfS	= Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
ALK	= Amtsleiterkonferenz
ASI	= Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V.
ASP	= Ausschuss für das Statistische Programm
AESS	= Ausschuss für das Europäische Statistische System
AWV	= Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V.
BAföG	= Bundesausbildungsförderungsgesetz
BASS AG	= Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien
BDI	= Bundesverband der Deutschen Industrie
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BHAS	= Agency for Statistics of Bosnia and Herzegovina
BiB	= Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BMBF	= Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	= Bundesministerium des Innern
CBS	= Statistisches System im kroatischen Statistikamt
CES	= Konferenz Europäischer Statistiker
CONSO	= Kundenmanagementsystems
CPSA	= Ständiger Agrarstatistischer Ausschuss
DGINS	= Konferenz der Leiter der Nationalen Statistischen Zentralämter
DIW	= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
ECS	= Export Control System
ECOSOC	= Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDS	= Europäischer Datenservice
ESAC	= Europäischer Beratender Ausschuss für die Statistik
ESGAB	= Europäische Beratungsgremium für die Statistische Governance
ESMS	= Euro SDMX Metadata Structure
ESS	= Europäisches Statistisches System
ESS-LDF	= Learning and Development Framework for the European Statistical System
ESTP	= Weiterbildungsprogramm für europäische Statistiker
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ETR	= Erwerbstätigenrechnung
EU	= Europäische Union
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EU-SILC	= Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen
EVS	= Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EZB	= Europäische Zentralbank
FATS	= Foreign Affiliates Statistics
F.A.Z.	= Frankfurter Allgemeinen Zeitung
FDZ	= Forschungsdatenzentrum
FIPS	= Finanz- und Personalstatistiken
FIS	= Institute of Statistics of Federation of Bosnia and Herzegovina
GBü	= Geschäftsstelle Bürokratieabbau des Bundeskanzleramtes
GdV	= Verband der deutschen Versicherungswirtschaft
GENESIS	= Gemeinsames neues Statistisches Informationssystem
GfK	= Marktforschungsinstitut
GÖG	= Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen
GSBPM	= Generic Statistical Business Process Model
GVK	= Gesetzliche Krankenversicherung
GML	= German Microdata Lab
HVPI	= Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAB	= Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IAIS	= Intelligente Analyse- und Informationssysteme
ICLS	= Internationale Konferenz der Arbeitsmarktstatistiker
IDEV	= Internet Datenerhebung im Verbund
IKT	= Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	= International Labour Organization
INSPIRE	= Infrastructure for Spatial Information in the European Community
IPA	= Instrument for Pre-Accession Assistance

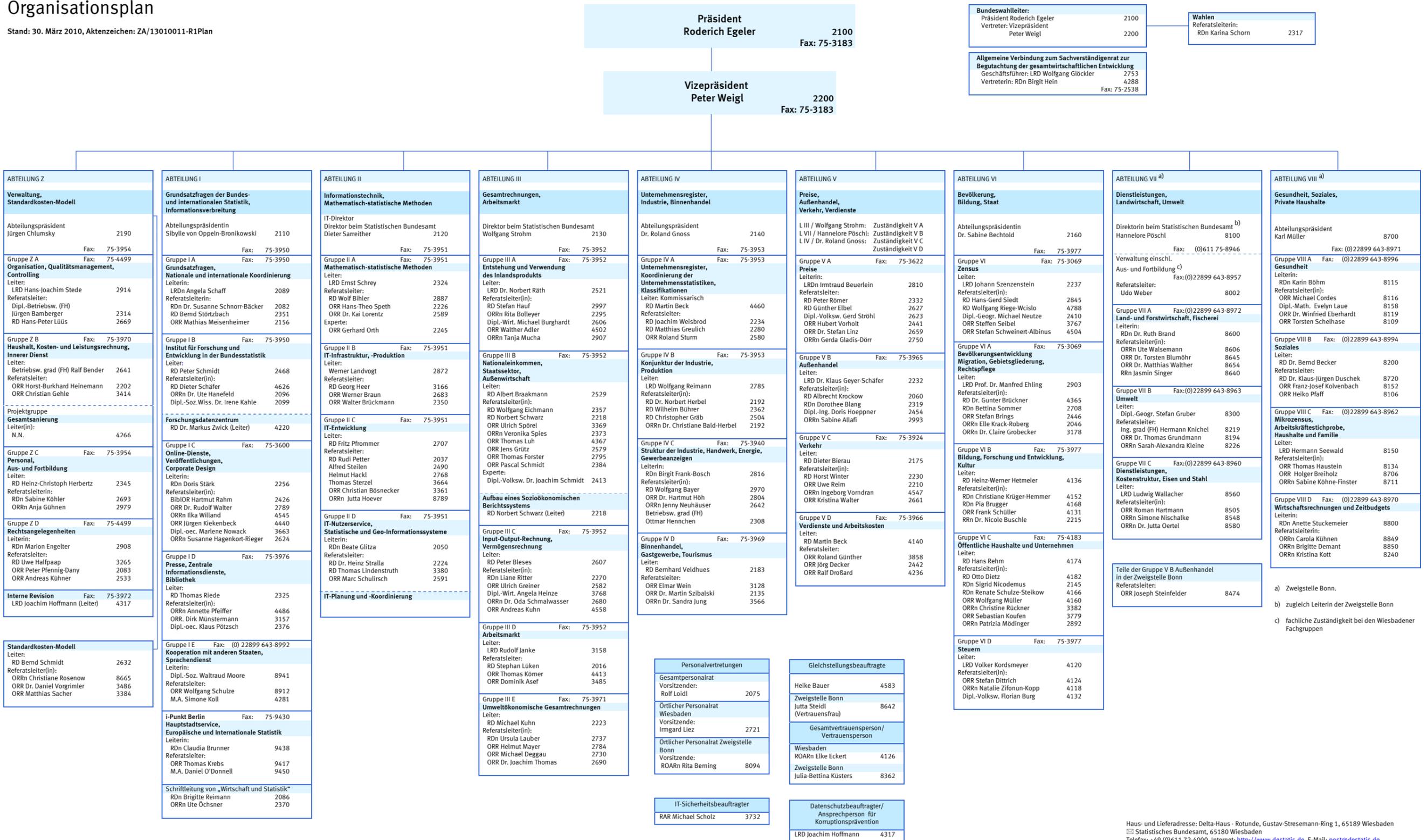
IPUMS-International	= Integrated Public Use Microdata Series – International
ISCO	= International Standard Classification of Occupations
IS-GBE	= Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes
IWF	= Internationale Währungsfonds
NACE	= Statistische Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaft
MEETS	= Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik
MDGs	= Millennium Development Goals
MPC	= Minnesota Population Centre
MPI	= Ministerium für Planung und Investment
NBS	= National Bureau of Statistics China
NTTS	= New Techniques and Technologies for Statistics
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PGC	= Public Governance Committee
Q-MED/LFS	= Qualifizierung der Methodeneffekte unterschiedlicher Erhebungsinstrumente auf die Datenqualität im Labour Force Survey
RatSWD	= Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
ROSSTAT	= Russischer Statistikdienst
RSIS	= Institute of Statistics of Republika Srpska
RWTH	= Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
SDMX	= Statistical Data and Metadata Exchange
SGB	= Sozialgesetzbuch
SEEA	= Systems of Environmental Economic Accounting
SKM	= Standardkosten-Modell
SNA	= System of National Accounts
SPSS	= Superior Performing Software System
StStatG	= Steuerstatistikgesetz
SSC	= Aserbaidshanischen Statistikamt
UGR	= Umweltökonomische Gesamtrechnungen
UN	= Vereinte Nationen
UNCEEA	= Committee of Experts on Environmental-Economic Accounting
UNECE	= Economic Commission for Europe
UNESCO	= Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNSD	= United Nations Statistics Division
vTI	= Johann Heinrich von Thünen-Institut
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZ	= Wirtschaftszweige

**Personenregister zum Jahrgang 2009
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

	<u>Nr.</u>		
Statistischer Beirat		Willand, Ilka	1
Albrecht, Alexandra	4	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	
Bell, Thomas	4	Höhn, Charlotte	2
Efinger, Manfred.....	1	Micheel, Frank	4
Glaab, Hans-Peter	4	Schneider, Norbert F.	2
Hemmerling, Udo	2	Statistische Ämter der Länder	
Herritsch, Herbert.....	1	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	
Kerber, Markus.....	1, 4	Brachat-Schwarz, Werner.....	3
Mosler, Karl.....	2	Cornelius, Ivar.....	1
Nickel, Werner.....	1	Croix de la, Madeleine	2
Rybak, Hubertus.....	1	Gölz, Uwe	1
Pascher, Peter.....	2	Kaiser, Monika.....	1
Seidel, Wilfried.....	2	Mayer, Martin	1, 4
Scholz, Götz.....	4	Ratering, Martin	3
Schulmeyer, Rudolf	2	Seidel, Christiane	3
Solga, Heike.....	1	Seitz, Reiner	1
Stein, Klaus-Jochen	1	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg	
Wagner, Joachim	1	Barthels, Ruth.....	1
Wormser, Wolf-Eckhard	4	Rockmann, Ulrike.....	1
Ziebarth, Gerhard	4	Statistisches Landesamt Bremen	
Statistisches Bundesamt		Dinse, Jürgen	3
Asef, Dominik.....	3	Hessisches Statistisches Landesamt	
Beuerlein, Irmtraud	1	Bamming, Ruth	1
Bösnecker, Christian	2	Hartig, Martina.....	1
Burg, Florian.....	1, 3	Muno, Katharina	1
Buschle, Nicole-Barbara	4	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen	
Droßard, Ralf.....	3	Homuth, Volker.....	1
Duschek, Klaus-Jürgen.....	3	Lahmann, Christoph	2
Ehling, Manfred.....	1	Information und Technik Nordrhein-Westfalen	
Gehle, Christian	1, 2	Fischer, Hans-Josef	2
Glitzka, Beate	2	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	
Herbertz, Heinz-Christoph	2, 4	Kirschner, Hans-Peter	4
Hoever, Jutta	2	Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern	
Kiekenbeck, Jürgen.....	1	Hüttebräuer, Klaus	4
Kiese, Sigrid	4	Petersen-Goes, Doris	4
Köhler, Sabine.....	4		
Köhne-Finster, Sabine	3		
Körner, Thomas	3		
Kühner, Andreas.....	2, 3		
Lorentz, Kai	1, 3		
Mödinger, Patrizia	3		
Nischalke, Simone	2		
Nowack, Marlene.....	1		
Oertel, Jutta.....	3		
O'Donnell, Daniel	3		
Räth, Norbert.....	1		
Sacher, Matthias	1		
Seewald, Hermann	1		
Schelhase, Torsten.....	3		
Schmidt, Pascal	3		
Schöffel, Roland.....	1		
Schweinert-Albinus, Stefan	2, 4		
Störtzbach, Bernd	4		

Organisationsplan

Stand: 30. März 2010, Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefax: +49 (0)611 72-4000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postfach 170377, 53029 Bonn, Telefon: +49 (0)22899-643-0
 Telefax: +49 (0)22899-643-8990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds.destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0)3018-644-9428
 Telefax: +49 (0)3018-644-9430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
 +49 (0)611 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen